FREITAG, 9. APRIL 2010 NR. 14 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

SANIERUNGSFALL KANTON ZÜRICH

Nach dem Rausch der Kater

Wir erleben in diesen Tagen, wie wichtig handlungsfähige Staaten wären. Denn ein starker Staat ist in erster Linie ein finanziell gesunder Staat. Wer sich heute über die überbordenden Aufblähungen jener Pleitestaaten, welcher der politische Grosskonzern EU einverleibt hat, die Augen reibt, der sollte mal den Blick auf unseren eigenen Schuldenberg richten. Denn auch wir laufen ohne Korrekturen griechischen Verhältnissen entgegen.

Die nächsten Jahre wird der Kanton Zürich seine Konten erneut massiv überziehen, für die Jahre 2010 bis 2013 rechnet der konsolidierte Finanz- und Entwicklungsplan mit einem kumulierten Defizit von 4,6 Mia., die sich auf den bisherigen Schuldenberg von 3,9 Mia. türmen. In einem Monat wird dann der Regierungsrat mit konkreten Sparvorschlägen aufkreuzen. Ein Rätsel bleibt, wie diese Löcher zum Verschwinden gebracht werden sollen, denn in den nächsten drei Jahren sollen insgesamt nur 1,7 Mia. eingespart werden. Von einer klaren Konzeption, wie die Regierung die Bürokratie auf ein vernünftiges Mass stutzen will, ist man weit entfernt: Ein aussichtsloser Kampf gegen eine ausufernde Administration und ihrer Besitzstandswahrer.

Abzocker und Abgezockte

Jeder Staatsapparat hält ständig nach neuen Einnahmequellen Ausschau. Warum beim Verwaltungsaufwand sparen, wenn das Geld beim Bürger auf dem Konto vor sich hin rostet? Die Bürger vor der Gier des Fiskus zu schützen, wird auch in Zukunft die wichtigste finanzpolitische Aufgabe der SVP bilden. Der Weg über die Gebühren und indirekte Steuern ist der einfachste, da sich kein Parlament und kein Referendum querzustellen vermag. Aus diesem Grund pressen freisinnige Finanzdirektoren beispielsweise am liebsten durch den im interkantonalen Vergleich ohnehin schon rekordhohen Zürcher Eigenmietwert noch mehr Geld aus den Eigenheim-Besitzern; einst Albert Mossdorf, dann der nachmalige Swissair-Abstürzer Eric Honegger um volle 100 Prozent, heute Ursula Gut rückwirkend auf letztes Jahr. Zwischendurch hatte die SVP zweimal die Finanzdirektion inne, aber weder Jakob Stucki noch Christian Huber fassten eine Eigenmietwerterhöhung ins Auge. Perverserweise

BARBARA STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT-REGENSDORF

haben sich alle an solche Mechanismen gewöhnt, sodass heute Wirtschaftsverbände wie Gewerkschaften, Kirchen wie Lobbyisten wetteifern, bei wem noch etwas zu holen sei. Bei sich oder ihrer Klientel natürlich nicht, aber woanders, da liegt noch Geld, das bisher aus unerfindlichen Gründen nicht vom Staat geschluckt wird.

Verpulverte Milliardengeschenke

2005 hätte der Kanton Zürich die Chance gehabt, 1,6 Mia. aus dem Nationalbankgold geschickt anzulegen und sich mit den Erträgen eine dauerhaft sprudelnde Geldquelle zu sichern. Aber die Finanzer in Zürich haben im Gegensatz zu anderen Kantonen das einmalige Milliardengeschenk durch Einbindung in die laufende Rechnung einfach so verpulvert. Das ist auch der Grund, weshalb im vorigen Jahrzehnt drei Jahre lang die Staatskonten nicht überzogen wurden.

In den letzten 19 Jahren erfolgte eine Steigerung der Aufwandseite in den offiziellen Erfolgsrechnungen um 58 Prozent, während die Bevölkerung des Kantons in dieser Zeit gerade mal von 1,18 Mio. (1990) auf 1,34 Mio. (2009) Personen um 13 Prozent gewachsen ist. Diese offiziellen Zahlen berücksichtigen indes einen wesentlichen Faktor in der Rechnung noch nicht: Innert dieser Zeit sind vier Institutionen zu öffentlich-rechtlichen Anstalten ausgelagert worden. Die jährlichen Aufwandsteigerungen sind jedenfalls sowohl 1997, als sich die Universität und die Fachhochschulen, als auch 2007, als sich Universitätsspital und Kantonsspital verselbständigten in der offiziellen Staatsrechnung für das betreffende Jahr verebbt und später dann wieder im gewohnten Umfang im dreistelligen Millionenbereich angestiegen; diese Institutionen werden nun in einer separaten Rechnung ausgewiesen. Da sie sich aber nach wie vor aus Zwangsabgaben und Beiträge der Betroffenen speisen und zum Kanton gehören, müssen diese auch dazugezählt werden. So ergibt sich inoffiziell, aber konsequent gerechnet, ein weitaus düsteres Bild: Wendete der Kanton 1990 noch 7,74 Mia. auf, waren es 2008 12,224 Mia. Das wären die erwähnten 58 Prozent. Die ausgelagerten Anstalten schlagen mit 1,2 Mia. (Uni und Fachhochschulen) und 1,84 Mia. (Spitäler) zu Buche. Diese dazugezählt, ergibt eine Steigerung der staatlichen Aktivität seit dem Jahr 1990 um 98 Prozent.

Heilige Kuh des überbordenen Versorgungsstaates

Spitzenreiter des exzessiven Ausgabenwachstums ist der Budgetposten «soziale Wohlfahrt»: In den acht Jahren zwischen 2000 und 2009 ist er um mehr als 40 Prozent gestiegen. Kein Wunder, wenn hier jeder Dahergelaufene aus noch so fernen Ländern mit staatlichen Mitteln durchgefüttert, von der Soziologenriege gepäppelt und damit zum Hierbleiben überredet wird. Der Bereich «Allgemeine Verwaltung» verwaltete sich in diesen neun Jahren um 30 Prozent intensiver, der Aufgabenkreis «Bildung» schwoll um 24 Prozent und «Kultur und Freizeit» um 20 Prozent an. Augenfällig ist auch, wie die Psychiatrie immer grössere Summen verschlingt. Die grosse Aufblähung geht einher mit einem entsprechenden Personalausbau: Innert nur vier Jahren hat Zürich seine 30 595 Vollzeitstellen von 2006 auf 32 513 vermehrt, seit 2006 stehen nun 1918 Personen zusätzlich auf der Gehaltsliste des Kantons. Alleine von 2007 bis 2008, also innert eines Jahres, hat sich der Aufwand fürs Staatspersonal um 8,7 Prozent intensiviert.

Weit überdurchschnittliche Personalsteigerungen weisen das Migrationsamt und das Sozialamt, die Abteilung Bundesfinanzausgleich, sowie das Amt für Verkehr. Immer grössere Summen verschlingen auch das Universitätsspital und das Kantonsspital Winterthur, die Universität und die Fachhochschulen. Ausbildungen für Gesundheits-, Bildungs- und Sozialberufe sind zu einem «big business» geworden, die eine Vielzahl von Ausbildner und zukünftige Verwaltungsangestellte in Lohn und Brot bringt.

Schuld ist nicht nur die rückgratlose Regierung, welche unfähig ist, ein strategisches Gegengewicht zu setzen und die Probleme bloss auf der Zeitachse weiterschiebt, sondern auch die Ämter und deren Chefs, von denen jeder sein Gärtchen pflegt und dabei nicht Mass zu halten vermag. Auch der Stimmbürger hat grosse Aufwandsteigerungen zu verantworten, hat er doch beispielsweise Schengen, die Personenfreizügigkeit, ein neues Volksschulgesetz oder ein Polizei- und Justizpalast auf eindringliche Empfehlung der anderen Parteien bestellt, die – wen wunderts – auf ein Mehrfaches der ursprünglichen Kosten zu stehen kommen. Eine Schuld tragen aber auch die einst bürgerlichen, liberalen Parlamentarier von FDP und CVP, die sich in einem Abgrenzungszwang von der erfolgreichen Konkurrentin SVP eine jahrelange Kompromissbereitschaft mit der Linken allerlei Zusatzaufwand bestellt haben.

Steuersenkungen mit mehr Steuerertrag

Von einer boomenden Verwaltung profitiert indes in erster Linie die politische Linke, deren Vertreter es sich immer häufiger beim Staat gemütlich machen und für ihre Interessengruppe in den verschiedensten Varianten in die Staatskasse greifen.

Die Einnahmen hätten sich einfach nicht den Ausgaben angepasst, so der trotzige Vorwurf. Aber nur wer aus Prinzip hohe Steuern befürwortet, rechnet noch mit proportionalen Einnahmen zum Steuerfuss. Aus volkswirtschaftlichen Gründen hat das Parlament um die Jahrtausendwende die Steuern zweimal moderat gesenkt – und damit wesentlich mehr Steuersubstrat hereingeholt als mit einst höherem Staatsteuerfuss. Das übersieht und überhört man selbstgefällig. Von ihrer Lust am Geldausgeben wollen sich die Linken von niemandem stören lassen. Der Rest der riesigen strukturellen Haushaltslöcher ist durch höhere Gebühren und Beiträge des Bundes zugeschüttet oder einfach auf die Gemeinden abgewälzt worden.

Beamte – notorische Opfer von Sparzwängen

Der gelernte Linke weiss natürlich von den Vögeln, dass wer am weitesten den roten Schnabel aufsperrt, auch stets am üppigsten gefüttert wird. Unter dem Vorwand, irgendwelche Errungenschaften zu verteidigen, betreiben sie Klientelpolitik und halten, fortschrittlich wie sich bezeichnen, am Zustand von gestern fest. Allein der Verweis auf das völlig abnormale Ausgabenwachstum ist geneigt, Tausende von Stelleninhabern in Existenzängste zu stürzen und reicht, um Zetter und Mordio zu schreien. Wächst der Staataufwand nicht im gewohnten Prozentbereich, sprechen die Lobbyisten von SP, Grüne und VPOD reflexartig vom «Totsparen des Staates». Aber statt brutalen «Abbau» sehen wir rasanten Ausbau. Auch das anstehende Sanierungsprogramm ist viel zu zaghaft, gespart wird, wenn überhaupt, hinter dem Koma, der Kanton Zürich wird sich auch in Zukunft weiter anschreiben lassen – Pfründe und aufgeblähte Verwaltungen hin oder her. Für eine Partei, welche einen Grossteil ihrer Exponenten und Wähler im sicheren öffentlichen Dienst parkiert hat, der sich mit stets wachsenden Mengen an Mitteln versorgt, ein Muss – später wird sich die nachfolgende Generation schon etwas einfallen lassen – einfallen lassen müssen, um die Löcher wieder aufzufüllen.

Neu: Architekturbüro Fritschi in Wädenswil
Seestrasse 162, 8820 Wädenswil,
Tel. 044 680 24 04 / Fax 044 680 24 05
E-Mail: fritschi-architektur@bluewin.ch
Wir sind am 9. November 2009 von Lachen nach Wädenswil umgezogen

Spezialitäten:
- Umbauten, Ausbauten, Sanierungen, Expertisen, Beratungen
- Kleinumbauten (Bad/Küche/Terrasse) usw.
- Alternativenergien, Solaranlagen

Fachgebiete:
- Einfamilienhaus, Mehrfamilienhaus, Villen, Gewerbeanlagen

Unsere Stärke:
- Zuverlässig und «Kostenbewusst», zuverlässige Referenzen

Arbeitsgebiet:
- Rundum um den Zürichsee

Empfehlung:
- Kontaktieren Sie Herr Fritschi für ein kostenloses Gespräch
- Anschliessend kostenlose Kostenschätzung

Praxis für Zahnprothetik
R. Hertach
(dipl. Zahnprothetiker)
Leimbachstrasse 119, 8041 Zürich
Bei der Migros / Nähe Bushaltestelle
Tel. 044 481 82 18
www.pro-dent.ch

Total-,Teil- und Implantatprothesen, Unterfütterungen, Reparaturen
1. Beratung kostenlos, **AHV**

Aus ALT mach NEU!

038.219442

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an
29 Jahre Erfahrung
wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork

und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Sparen Sie bei den Hypotheken! Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung
für Private und Firmen

Uster-West 18
Postfach 430, CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch

Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Tote Soldaten aus Versehen

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Es war ein Irrtum: Aus Versehen haben deutsche Bundeswehrsoldaten fünf afghanische «Kameraden» erschossen. Es war ein Zwischenfall: Bei einem Gefecht mit Taliban-Kämpfern wurden drei deutsche Soldaten getötet. Insgesamt 22 Särge sind bisher aus Afghanistan nach Deutschland zurückgekehrt. Und noch immer streiten sich Politiker, ob man am Hindukusch von «kein Krieg» (Franz Josef Jung) oder «umgangssprachlich Krieg» (Karl Theodor zu Guttenberg) reden soll. Hätten in Deutschland die Bürger etwas zu sagen, würden statt der Särge sämtliche Soldaten heimgeflogen.

Der Schweizer Verteidigungsminister Ueli Maurer ist ein Gegner von bewaffneten Auslandeinsätzen. Weil er weiss, dass Krieg Krieg bleibt, auch wenn man ihm schönere Namen gibt. Weil ihm bewusst ist, dass Krieg führen Sterben heisst. Weil er seine Verantwortung kennt, wenn Ehefrauen, Kinder und Eltern Leichensäcke statt ihre Liebsten zurückerhalten. Darum die Zurückhaltung bei Ueli Maurers Sicherheitspolitischem Bericht. Auch wenn der Bundesrat diesen zehnmal zurückweist: Hinter dem Departementschef steht nicht nur seine Partei, sondern die Mehrheit der Bevölkerung.

Auch im Parlament hat der Wind gedreht. Transportflugzeuge für die Armee wurden ebenso abgelehnt wie tollkühne Piratenjagden in somalischen Küstengewässern. Die WK-Pflicht im Ausland fand ebenso wenig Unterstützung wie die Ausweitung der Polizeibefugnisse von Militärs bei Auslandeinsätzen. Dennoch plustern sich die Exponenten der unterlegenen Mitteparteien auf, als hätten sie nicht schon das Desaster der Armee 21 zu verantworten. Maulhelden von CVP und FDP werfen Ueli Maurer Zögerlichkeit vor, während gleichzeitig ihre Bundesräte den Sicherheitsbericht verzögern.

Jetzt melden sich die Schreibtischstrategen von gestern. Der pensionierte ETH-Professor Kurt Spillmann bezweifelt die Glaubwürdigkeit von Ueli Maurer und will unser «Auslandengagement intensivieren und vergrössern». Mit seinen 73 Jahren muss er den Kopf nicht hinhalten. Anders ETH-Professor Karl Schmid, der an über tausend Aktivdiensttagen ständig mit dem Ernstfall rechnen musste. Und daher professorale globale Kriegsgedankenspiele zurückwies: «Schweizer Wehrhaftigkeit ist bis auf den heutigen Tag eine Selbstverständlichkeit als Widerstandswille – aber nicht eine Handbreit darüber hinaus.»

CO_2-Gesetz – Bund plant weitere Abzockerei

Als Gegenvorschlag zu den Klima- und der Offroader-Initativen beantragt der Bundesrat dem Parlament eine Revision des CO_2-Gesetzes. Diese Gesetzesvorlage zeichnet sich vor allem durch weitere Gebührenerhöhungen und Einschränkungen aus. Damit werden die Volksinitiativen zum Anlass für einen Anschlag auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger genommen.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Die im Jahre 2008 eingereichte Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» fordert eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen von mindestens 30 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 bis zum Jahre 2020. Die Initianten begründen ihren Vorstoss damit, dass die Schweiz als Industrieland ihren Treibhausgasausstoss signifikant reduzieren müsse, um ihren Beitrag zur Stabilisierung der globalen Temperatur und zur Vermeidung der schlimmsten Klimaauswirkungen auf Mensch und Umwelt zu leisten. Der Bundesrat und die vorberatende Kommission des Nationalrates beantragten dem Parlament, die Volksinitiative abzulehnen. Die Kommissionsmehrheit argumentierte richtigerweise, dass das anvisierte Ziel für die Wirtschaft nicht tragbar sei.

Gleichzeitig beantragt der Bundesrat dem Parlament jedoch eine Änderung des CO_2-Gesetzes mit ähnlichen Zielsetzungen. So sollen die CO_2-Lenkungsabgabe auf Brennstoffen sowie die Teilzweckbindung von jährlich 200 Millionen Franken weitergeführt werden. Sodann fordert der Bundesrat die Beibehaltung der CO_2-Lenkungsabgabe auf Treibstoff mit der Möglichkeit der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Treibstoffpreise sowie eine ganze Reihe weitere Massnahmen. Diese Vorschläge sollen dazu führen, dass eine Reduktion des CO_2-Ausstosses bis ins Jahre 2020 von 20 Prozent erreicht werden kann. Gleichzeitig will der Bundesrat aber die Kompetenz, dieses ehrgeizige Reduktionsziel je nach Verlauf der internationalen Verhandlungen sogar auf 30 Prozent erhöhen zu können.

Gegenvorschlag noch einschneidender als Klimainitiative

Die vorberatende Kommission hat den bundesrätlichen Entwurf leider sogar noch verschärft. So sollen beispielsweise sämtliche Treibhausgas-Emissionen im Inland vermindert werden. Sodann will die Kommissionsmehrheit dem Bundesrat die Kompetenz einräumen, das Reduktionsziel sogar auf 40 Prozent zu erhöhen. Während die Klimainitiative «nur» eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen von 30 Prozent fordert, geht nun der Kommissionsantrag wesentlich weiter. Sodann soll die CO_2-Abgabe auf Brennstoffen nochmals stark erhöht werden. Die Vorlage sieht eine Bandbreite des Abgabesatzes zwischen 36 und 120 Franken je Tonne CO_2 vor. Dieser Maximalbetrag würde das Heizöl um ungefähr 30 Rappen pro Liter verteuern. Für viele private Haushalte und Unternehmen würden damit die Heizkosten massiv erhöht.

CO_2-Gesetz als Vehikel gegen Offroader-Initiative

Der Bundesrat will mit der CO_2-Revision aber nicht nur der Klima-Initiative, sondern auch der Offroader-Initiative begegnen. Die Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge», bekannt als «Offroader-Initiative», will einerseits strengere oder neue Grenzwerte für Emissionen von Feinstaub und CO_2, anderseits dürfen Personenwagen mit hohem Gefährdungspotenzial für andere Verkehrsteilnehmer nicht mehr zugelassen werden. Zusätzlich will die Volksinitiative das maximale Leergewicht von Personenwagen limitieren. Für bereits zugelassene Fahrzeuge, welche diese Bedingungen nicht erfüllen, fordern die Initianten eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 km/h.

Auch hier beantragt der Bundesrat einen Gegenvorschlag in Form der laufenden CO_2-Gesetzes-Revision. So sollen beispielsweise die durchschnittlichen CO_2-Emissionen der neuen Personenwagen bis 2015 auf 130 g CO_2/km gesenkt werden. Dies wäre einmal mehr ein Alleingang der Schweiz. Dies ist umso unverständlicher, als die Schweiz über keine eigene Autoindustrie verfügt und damit vom ausländischen Angebot abhängig ist. Der Bundesrat ist sich der Tatsache sehr wohl bewusst, dass die Autoimporteure die neuen Auflagen gar nicht erfüllen können. Deshalb sieht das neue Gesetz auch bereits vor, dass bei Nichteinhalten der Grenzwerte die Importeure massive finanzielle Beträge leisten müssen. Diese neuen Bussen werden die Neuwagen natürlich erheblich verteuern. Nach vorsichtigen Schätzungen müssten die Kunden mit jährlich 500 Millionen Franken Mehrkosten rechnen. Damit würde die Bundeskasse einmal mehr grosszügig alimentiert. Diese Preisaufschläge würden wohl aber auch viele Autobesitzer davon abhalten, ihr altes Auto durch ein neues, umweltfreundlicheres Modell zu ersetzen. Damit würde der Umwelt jedoch ein Bärendienst erwiesen. Dies scheint den Bundesrat jedoch nicht zu stören.

Schweiz verursacht nur 0,1 Prozent der weltweiten CO_2-Emissionen

Die vorgeschlagene Revision des CO_2-Gesetzes würde unsere Wirtschaft, welche in einem harten internationalen Wettbewerb steht, empfindlich treffen. Dies insbesondere auch deshalb, weil bis zum heutigen Zeitpunkt keine bindende internationale Vereinbarung vorliegt, welche auch die anderen Länder auf ähnliche Reduktionsziele verpflichten. Bekanntlich ist die Klima-Konferenz in Kopenhagen im vergangenen Dezember gescheitert. Die grossen CO_2-Verursacher wie die USA, China oder Indien lassen sich nicht zu konkreten Reduktionszielen verpflichten. Insbesondere in den aufstrebenden Industriestaaten geniesst das Wirtschaftswachstum einen wesentlich höheren Stellenwert als die Reduktion des CO_2-Ausstosses.

Die Schweiz ist jedoch lediglich für 0,1 Prozent des weltweiten CO_2-Ausstosses verantwortlich. Deshalb können auch einschneidende Massnahmen in der Schweiz das globale Klima-Problem nicht alleine lösen. Wobei die Schweiz bereits heute als Musterknabe bezeichnet werden kann. So wird die Schweiz im Gegensatz zu vielen Ländern ihre Kyoto-Verpflichtungen nicht nur erreichen, sondern sogar übertreffen. Nicht einmal alle EU-Länder werden übrigens die Kyoto-Ziele erfüllen, zu welchen sie sich vertraglich verpflichtet haben.

Klimapolitik als Instrument für höhere Steuern, Abgaben und Gebühren

Selbstverständlich sind alle machbaren und vernünftigen Massnahmen zu treffen, um die fossilen Energieträger zu ersetzen und damit auch die CO_2-Emissionen zu reduzieren. Wir alle sorgen uns um die Natur und möchten nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt erhalten. Wir wehren uns aber entschieden dagegen, dass unter dem Stichwort Umwelt- und Klimapolitik der Bevölkerung Angst eingeflösst und unter diesem Titel Hunderte von Millionen Franken zusätzliche Steuern und Abgaben einkassiert werden.

Allerdings ist diese Diskussion gegenwärtig schwierig zu führen. Sie nimmt bei unseren Gegnern manchmal schon fast religiöse Züge an.

Schengen: verschweigen und verdrängen

Unter dem technischen Titel «Inhaberinnen und Inhaber von Visa D dürfen neu im gesamten Schengen-Raum reisen» hat der Bundesrat in der vergangenen Woche erneut eine Weiterentwicklung des Schengen-Rechts durchgewunken. Die Änderung bringt Erleichterungen bei der Einreise von Ausländern in die Schweiz und damit einen weiteren Abbau der Steuerungsmöglichkeiten im Migrationsbereich. Was der Bundesrat verschweigt: Stand heute musste die Schweiz seit dem Beitritt zu Schengen vor 1 1/2 Jahren bereits über 100 Weiterentwicklungen des Schengenrechts übernehmen, ohne dass sie über deren Einführung mitbestimmen konnte. Darüber redet der Bundesrat nicht gerne und auch nicht über die immensen Folgekosten, welche sich die Schweiz mit Schengen bereits eingehandelt hat. Das Schengen-Dossier ist geprägt von konsequentem Verschweigen und Verdrängen.

MARTIN BALTISSER,
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Mehr Sicherheit und beträchtliche Einsparungen hat der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein zu Schengen 2005 versprochen. Zudem sollen Souveränität und direkte Demokratie gewahrt bleiben. Die tatsächlichen Folgen sehen anders aus. Über 100 Weiterentwicklungen des Schengenrechts musste die Schweiz seit Ende 2008 übernehmen. Der Souveränitätsverlust ist beträchtlich. Frühere Volksentscheide wurden damit ebenso zur Makulatur wie die eigenständige Steuerung der Migrationspolitik, z.B. bezogen auf die Balkanländer. Um wie viel sicherer Schengen die Schweiz gemacht hat, zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik des vergangenen Jahres. Nicht weniger als 14 Prozent der Straffälligen sind heute Kriminaltouristen. Die Grenzregionen leiden immer stärker unter den weggefallenen Grenzkontrollen. Bereits 2008 musste der Bundesrat zugeben, dass die im Bundesbüchlein von 2005 veranschlagten jährlichen Kosten von 7,4 Millionen Franken für Schengen effektiv bei rund 50 Millionen Franken pro Jahr liegen. In Tat und Wahrheit dürften mit den laufenden Anpassungen die Vollkosten noch deutlich höher liegen. Nur darüber spricht der Bundesrat nicht. Lieber verschweigt er konsequent die Folgen von Schengenanpassungen.

Freie Fahrt für Asylbewerber?

Ein kleines Beispiel für die Verschleierungstaktik des Bundesrates zeigt beispielsweise eine Anpassung vom 20. Januar 2010. Unter dem Titel «Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen tritt am 1. März 2010 in Kraft» gab der Bundesrat die Anpassung der rechtlichen Grundlagen für die Einführung biometrischer Daten in den Pässen und Reisedokumenten, welche die Schweiz als Schengen-Staat nachvollzieht, bekannt. In seiner technisch gehaltenen Medienmitteilung verschweigt der Bundesrat, dass er gleichzeitig die geltenden Reiserestriktionen für Personen mit hängigem Asylverfahren lockert und jene für vorläufig Aufgenommene sogar ganz aufhebt. Damit geht er noch über die von Schengen geforderten Anpassungen hinaus. Weshalb sollen vorläufig Aufgenommene, also auch abgewiesene Asylbewerber, die keinen Asylgrund vorweisen können, die aber nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschafft werden können, ohne Angabe eines Reisegrundes beliebig ins Ausland reisen können? Wieso sollen Asylbewerber neu an Sport- und Kulturanlässen im Ausland teilnehmen? Und weshalb verschweigt der Bundesrat die mit diesen Anpassungen einhergehende klare Steigerung der Attraktivität der Schweiz als Asylland? Nur wer den alten und den neuen Verordnungstext im Detail verglichen hat, ist auf diese Anpassung gestossen (Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen RDV).

Die Migrationspolitik der Schweiz wird immer mehr zu einer Geschichte des Verschweigens und Verdrängens.

Quizfrage

Von wem stammt das folgende Zitat?

«Es lässt sich im Grunde alles darauf zurückführen, dass in Europa seit Jahren eine Entwicklung eingesetzt hat, die wir nicht nur nicht verstehen wollen, sondern gegen die wir in engster Anlehnung an die Gegner eines neuen Europas in offenem Gegensatz getreten sind. Wir bilden uns merkwürdigerweise hierbei auch sehr viel darauf ein, fernerhin als ‹Querschläger› durch ein neues Europa zu fliegen.»

A) Der Publizist Roger de Weck im «Europa-Manifest» des «Club Helvétique»

B) Der vom Bundesrat 1941 wegen Verbreitung landesverräterischer Propagandathesen entlassene Oberst Gustav Däniker in seiner «Denkschrift».

C) Bundesrat Moritz Leuenberger als er am 17. Oktober 2010 in einer Ansprache vor den Delegierten der SP Schweiz für den EU-Beitritt warb.

Auflösung Seite 8

Parlamentarische Initiativen im Lichte der kantonsrätlichen Bearbeitung

Die Bearbeitung von Vorstössen im Kantonsrat beansprucht seine Zeit. Am Beispiel einer PI zur Energiepolitik werden diese Vorgänge dokumentiert. Politische Ziele und der Glaube an das vorhandene Fachwissen vermischen sich bis zur Lösungsfindung und dem politischen Beschluss des Zürcher Kantonsrats.

LORENZ HABICHER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH

Das Kantonsratsgesetz (LS171.1) § 25 bis § 29 regeln den Gegenstand der Parlamentarischen Initiative. Die Mitglieder des Kantonsrates sind berechtigt, Parlamentarische Initiativen (kurz PI) in der Form ausgearbeiteter Entwürfe einzureichen. Diese werden in einem zweistufigen Verfahren behandelt, d.h. einer Ratsdebatte zur vorläufigen Unterstützung (benötigt das Quorum von mind. 60 Stimmen), darauf folgt die Kommissionsberatung unter Beizug der Regierung und der Verwaltung, und einer abschliessenden zweiten Ratsdebatte zur Ablehnung oder definitiven Unterstützung. Die kantonsrätliche Kommission kann sich zur Beratung so viel Zeit lassen wie nötig und ist an keine weitere Frist gebunden. Die Kommission überweist dem Regierungsrat das Ergebnis ihrer Beratungen mit einem erläuternden Bericht zur Stellungnahme innert sechs Monaten. So viel zum formellen Verfahren einer PI.

Der Glaube an die Zeit und vorhandenes Fachwissen

Weil uns der Handlungsablauf einer Parlamentarischen Initiative jetzt bekannt ist, wird im ausgearbeiteten Entwurf nicht jedes Wort oder Komma abgewogen, sondern die politischen Exponenten setzen mehr auf konstruktive Zusammenarbeit in der behandelnden Kommission und auf das Fachwissen der Verwaltung. Dass dieses Vorgehen seine Zeit braucht, versteht sich von selbst. Politiker rufen also möglichst früh nach dieser Zusammenarbeit und warnen, denn «wer zu spät kommt, den bestraft das Leben»! Dass die Qualität der politischen Arbeit bei solchen Schnellschüssen leidet, dürfte auch bekannt sein, und ich möchte in den folgenden Zeilen auf ein aktuelles Beispiel, einer hängigen Parlamentarischen Initiative, zurückgreifen.

Energieexperten und ein Korsett für die EKZ

Am 27. November 2006 haben drei SP-Politiker die PI KR-Nr. 370/2006 zur «nachhaltigen Energieversorgung des Kantons Zürich» eingereicht. Kurz zusammengefasst verfolgt diese folgende Zielsetzung, grundlegende und folgenschwere Änderung des Gesetzes betreffend die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ – Gesetz, LS732.1). Die EKZ haben bisher auftragsgemäss die Versorgung des Kantons Zürich mit elektrischer Energie sichergestellt. Im Geschäftsjahr 2008/09 erreichte der Stromumsatz 6106 Gigawattstunden, damit setzte die EKZ rund 10 Prozent der in der Schweiz benötigten elektrischen Energie ab. Nach der legendären Lunch-Kino-Veranstaltung mit grossem FDP-Theater und den bevorstehenden Wahlen im Jahr 2007 durften die entsprechenden politischen Vorstösse nicht fehlen. Plötzlich sehen die Linken und Grünen das Bedürfnis nach einem ganz konkreten Plan, die Energieversorgung im Kanton Zürich (also die EKZ) umzubauen, damit sie nachhaltiger wird in Bezug auf Ökonomie, Ökologie und Soziales. In der Ratsdebatte vom 1. Oktober 2007 wird die PI mit 83 Stimmen aus den Reihen von SP, Grünen, CVP und EVP vorläufig unterstützt. Mit der Zuweisung in die Kommission Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU), erfolgt die langwierige Bearbeitung der PI.

Gegen die Planung von Kernkraftwerken

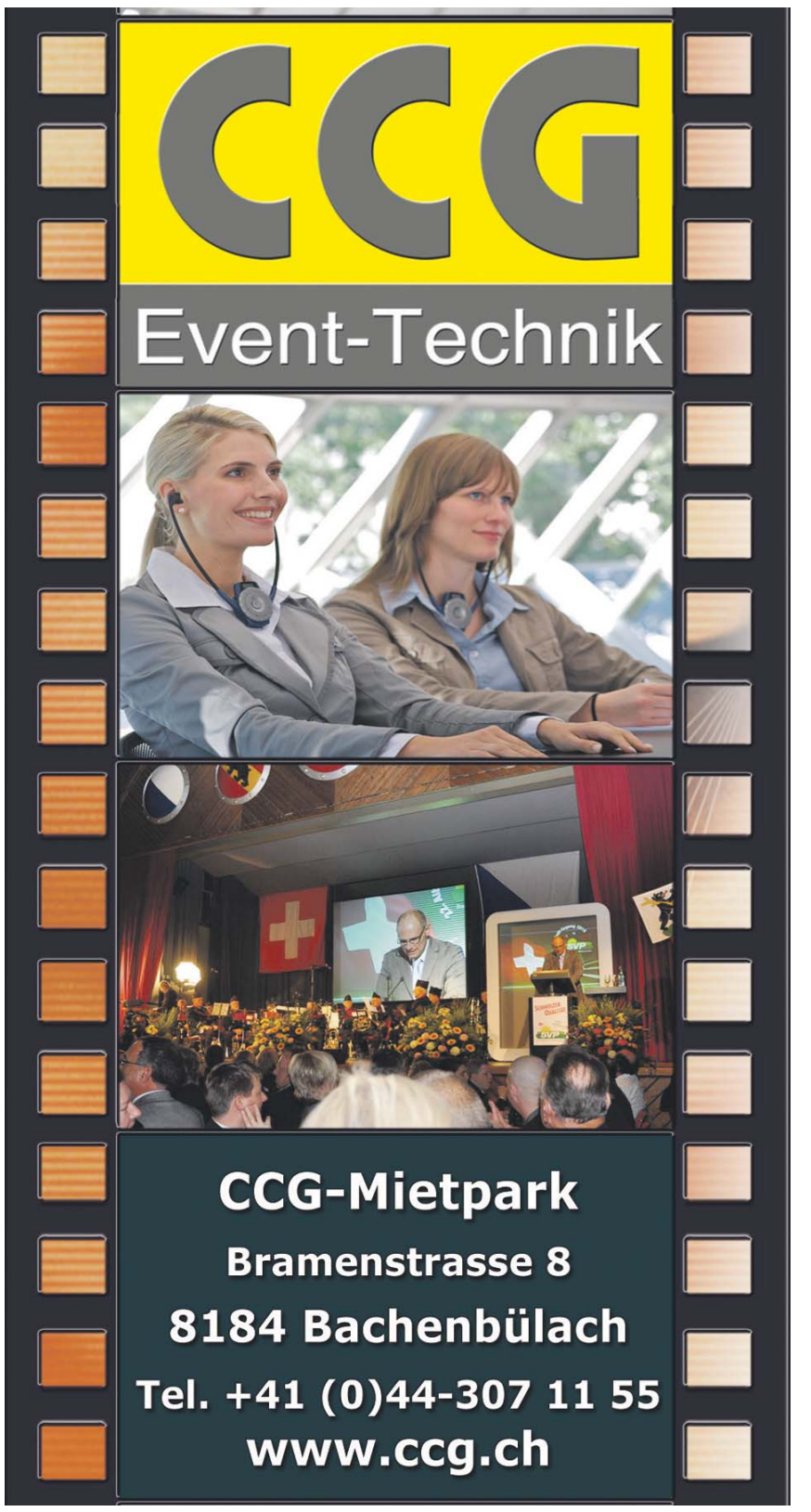
Die Wahlen sind vorbei, die Themen besetzt und die Mängel der Vorlage werden auch schnell sichtbar. Den Linken und Grünen geht es vordergründig um die energiepolitische Herausforderung, die Nutzung und Verbesserung der Effizienz erneuerbarer Energiequellen zu fördern, mit dem Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft. Im Hintergrund zielen die Bestrebungen einzig auf die Verhinderung von neuen Kernkraftwerken. Der Erstpostulant wird eingeladen, gibt sich kämpferisch, betont die Notwendigkeit dieser PI und verabschiedet sich im Jahr 2008 aus gesundheitlichen Gründen aus dem Kantonsrat.

Langjährige Beratungen in der Kommission

Den weiteren Beratungen in der Kommission stellen sich schnell ein paar Hindernisse in den Weg. Die ausstehenden Beschlüsse zum Stromversorgungsgesetz (Strom VG SR734.7) auf eidgenössischer Ebene, sind die einen, die anstehenden Änderungen des kantonalen Energiegesetzes die anderen. Auch bemerkt die KEVU rasch, dass mit einer entsprechenden Änderung des EKZ-Gesetzes nichts gewonnen wird, eher noch weitere, grössere Probleme entstehen. Sodann macht sich eine Kommissionsminderheit auf die Suche nach einem möglichen Gegenvorschlag. Doch auch dieser Versuch scheitert in den folgenden Monaten. Die kantonalen Leistungsaufträge gemäss Energiegesetz, die sich an die Netzbetreiber gemäss Strom VG richten, umfassen die Bereiche Energieeffizienz und Energiedienstleistungen. Die restlichen Bereiche werden fast vollständig durch bestehende Förderprogramme bzw. Gesetzesbestimmungen auf Bundes- bzw. Kantonsebene abgedeckt. Das eidgenössische Energiegesetz vom 26. Juni 1998 (EnG, SR730.0) schränkt weitere Forderungen der PI, was die kantonalen Zuständigkeiten betrifft, zusätzlich ein, und der politische Wunsch einer konstruktiven Bearbeitung bleibt auf der Strecke. Die Aussage, die SP-Energie-Initiative fällt durch (Titel, gemäss NZZ vom 1. April 2010) ist somit zutreffend.

Erledigung der Parlamentarischen Initiative Keller

Fazit nach fast 4-jähriger Beratung und Behandlung in der Kommission Energie, Verkehr und Umwelt. Eine Unterstützung fällt ausser Rang und Traktanden und die Ablehnung der PI KR-Nr. 370/2006 ist in der KEVU einstimmig. Was folgt nun? Diese Parlamentarische Initiative wird wieder auf die Traktandenliste des Kantonsrates genommen und wartet auf die kommende Debatte. Man muss wirklich kein Hellseher sein, um zu wissen, dass die jetzt folgende Diskussion erneute Vorstösse im Energiebereich generieren wird. Diese werden mit schönen Worten und viel Signalwirkung nach einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung des Kantons Zürich rufen! Die SVP-Fraktion wird diesem «Sirenen-Gesang» nicht Folge leisten. Mit der Resolution der SVP Schweiz, «für eine sichere und günstige Stromversorgung» vom 23. Januar 2010, wurde der politische Grundstein schon frühzeitig festgelegt und mit der kantonalen Wahlplattform 2011 wird die SVP ein verlässlicher Wert für die Energiepolitik der Zukunft. Die EKZ und die gemeindeeigenen Elektrizitätswerke brauchen keine grossen Visionen, sie brauchen unternehmerische Freiheit und gute Rahmenbedingungen, diese zu schaffen und zu erhalten ist primäre Aufgabe der SVP-Energiepolitik.



MECACRYL
PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH
für Industrie, Gewerbe und Privat
• Top-Zuschnittservice
• Plexiglas-Handwerk
• Thermoverformung
MECACRYL GmbH
H. Hablützel und P. Haller
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

KANTONSRAT, KOMMENDE DEBATTE VOM MONTAG, 12. APRIL 2010

Aus der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit KJS

Der Kantonsrat wird am Montag, 12. April 2010, ein umfangreiches Geschäft debattieren. Es handelt sich um die Vorlage 4611A, das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG).

LORENZ HABICHER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH

Ein Gesetzes-Wälzer und Faktenresistenz

Diese 80-seitige Vorlage verdanken wir dem Bund und entsprechenden Anpassungen im übergeordneten Recht. Eine trockene juristische Materie, die für viel Schläfrigkeit oder leere Ränge am Montagmorgen sorgen wird. Der Handlungsspielraum des Kantons ist damit schon stark eingeschränkt und die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit KJS hat es zumindest versucht, die Anzahl Anträge in der A-Vorlage gering zu halten. Ein schwieriges, wenn auch nicht hoffnungsloses Unterfangen. Obwohl verschiedene Mitglieder als Fakten-resistent, um nicht von besonders schwierigen Fällen zu sprechen, gelten müssen.

Minderheitsanträge als Sargnägel

Minderheitsanträge bestehen bei der Organisation der Gerichte, wobei die heutigen, bestehenden Laienrichter akut gefährdet sind. Auch ist man sich bei den vorgesehenen Schlichtungsbehörden nicht einig, wobei die Linken und Grünen ihren Friedensrichterinnen und -richter in den Städten Zürich und Winterthur weniger Sachkompetenz einräumen, wie den bürgerlichen Kollegen auf dem Land. Wie sonst ist die beantragte Speziallösung für diese beiden Städte zu verstehen? Auch steht das Handelsgericht, d.h. die Kommission für das Handelswesen im Brennpunkt des Geschehens. Wird diese bewährte Findungskommission und mit ihr die Fachkompetenz, mit der wirtschaftlichen Abstützung und Vernetzung verschwinden?

Fraktionsdisziplin entscheidet

Die SVP-Mitglieder in der Kommission haben bei den Entscheiden darauf geachtet, dass bewährte und kostengünstige nicht durch neue, kostenintensive Gremien ersetzt werden. Die Präsenz bei den Abstimmungen, zu jedem einzelnen Antrag, wird einmal mehr ausschlaggebend sein. Peinlich, wenn die stärkste Fraktion an der eigenen Sitzungsdisziplin scheitern sollte.

Kuratorium Blau/Weiss

Das Kuratorium Blau/Weiss ist die Gönnervereinigung der SVP des Kantons Zürich. Damit wir nun in den nächsten Jahren die Wahlziele auch erfolgreich umsetzen können, steht harte Arbeit bevor. Diese Arbeit erfordert nicht nur viel freiwillige Leistung an der Basis und in der Parteiführung, sondern bedarf auch einer gesunden Finanzierung. Damit sowohl Mitglieder als auch Sympathisanten der SVP des Kantons Zürich die Parteiarbeit unterstützen können, wurde das Kuratorium Blau/Weiss gegründet. Mit einem Mindestbeitrag von Fr. 500.– pro Jahr ist eine Mitgliedschaft möglich. Das Kuratorium Blau/Weiss führt in der Regel jährlich eine gesellschaftliche Veranstaltung als Dank an die Sympathisanten durch.

Ich interessiere mich für einen Beitritt und wünsche Unterlagen:

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ / Ort:

Unterschrift:

Kuratorium Blau/Weiss, Postfach 6339, 8023 Zürich
Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Lisa Dietrich-Bieri

Alter: *48 Jahre*
Beruf: *MPA in Teilzeit/Hausfrau*
Gemeinde: *Bäretswil*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?
Seit mehr als 15 Jahren bin ich Mitglied der SVP Bäretswil, www.svp-baeretswil.ch und seit drei Jahren im Vorstand. Die SVP entspricht meinen Vorstellungen von einer klaren, konsequenten und verlässlichen Politik, auch wenn die Themen in der heutigen Zeit manchmal unpopulär und unbequem sind.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
Als Vorstandsmitglied helfe ich mit bei der Vorbereitung und Durchführung aller Aktivitäten unserer Sektion. Ich bin regelmässig an Sessions- und kantonalen Veranstaltungen anzutreffen, wo ich mein Wissen und mein politisches Interesse vertiefen kann.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?
Ich wünsche mir eine Schweiz ohne unnötige Gesetze und Bürokratie.
Die öffentliche und soziale Sicherheit für «Land und Lüüt» sind mir wichtig.
Ich wünsche mir ein starkes Gewerbe, welches als solches wahrgenommen und gestärkt wird.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Ueli Maurer bewundere ich sehr. Ich sage bewusst Ueli Maurer, da ich ihn schon kannte, bevor er Bundesrat wurde. Seine Verhandlungsfähigkeit, seine Konsequenz und trotzdem natürliche Art schätze ich sehr. Er hat bis heute nie vergessen, woher er kommt und wer er ist.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
Ich kandidiere als neue Gemeinderätin am 25. April 2010 in unserer Gemeinde.

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Für Inserate
Tel. 044 722 77 76
Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch

Dieselöl Benzin
HEIZÖL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

EIN NZZ-REDAKTOR BEI DER SVP BEZIRK MEILEN

Es fehlt der Politik an Ernsthaftigkeit

Nach dem zügig abgehandelten statutarischen Teil ihrer Delegiertenversammlung lud die SVP des Bezirks Meilen vergangenen Dienstag zu einem Referat des ehemaligen NZZ-Redaktors Max Frenkel.

ZB. Während SVP-Mitgliedern der Eintrag ins Aktionärsregister der NZZ verwehrt bleibt, zeigt die Volkspartei keinerlei Berührungsängste gegenüber der «alten Tante». Zu ihrer diesjährigen Delegiertenversammlung lud sie den für seine spitze Feder bekannten ehemaligen NZZ-Redaktor Max Frenkel ein und bat ihn um ein kritisches Referat. Von der Parteipräsidentin der SVP des Bezirks Meilen, Theres Weber, gefragt, ob beim vorgeschlagenen Titel des Referats «Die Politik – ein Kindergarten» nicht ein Fragezeichen fehle, stellte Max Frenkel sogleich klar, dass ein solches sogar fehl am Platz wäre. Die Politik sei nämlich tatsächlich zu einem Kindergarten verkommen, dem es an Ernsthaftigkeit fehle. Hart ins Gericht ging Frenkel mit dem Bundesrat, der einem Hühnerstall gleiche, und deren Mitglieder mehr an sich selber als ans Land denken. Aber auch das Parlament bekam sein Fett ab. Statt harte Kämpfe in der Sache zu führen werde fast jede Frage anhand parteitaktischer Erwägungen beantwortet. Als Beispiel führte Frenkel in diesem Zusammenhang den Umgang mit der so genannten «Abzocker-Initiative» des Unternehmers Thomas Minder an. Es sei grotesk, dass der ausgezeichnete Kompromissvorschlag von der Parlamentsmehrheit alleine deshalb gebodigt worden sei, weil er von alt Bundesrat Christoph Blocher ausgehandelt worden ist.

Politische Unterhaltung statt Analyse

Als Journalist mit langjähriger Berufserfahrung widmete sich Herr Frenkel natürlich auch der Frage, ob die Medien ihrer Aufgabe mit der gebotenen Ernsthaftigkeit nachkommen. Auch hier lautete das Urteil: «Ungenügend!» Mit Bedauern konstatierte Frenkel, dass Journalisten immer mehr der Unterhaltung frönen, anstatt komplexe Sachverhalte zu analysieren. Von dieser Kritik nahm er explizit die «Weltwoche» aus, die er als notwendig bezeichnete. Ohne sie würden gewisse Fragen überhaupt nicht mehr gestellt.

«Helfen Sie der FDP!»

Dem Referenten gelang es, mit seinen Ausführungen eine rege Diskussion zu entfachen, und mehrere der rund 140 anwesenden Personen meldeten sich mit ihren Fragen. Für Widerspruch von Nationalrat Christoph Mörgeli sorgte Frenkel mit seiner Kritik an Bundesrat Ueli Maurer, dem er im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichts vorwarf, die Politik des Gesamtbundesrats zu hintertreiben. Mörgeli stellte klar, dass sich Maurer auf Willensäusserungen des Parlaments abstützt. Denn dieses sei im Gegensatz zum Bundesrat für aussenpolitische Abenteuer weniger offen.

Für Heiterkeit sorgte Frenkel mit seinem nicht ganz ernst gemeinten Aufruf an die SVP-Delegierten, zur Stärkung des freiheitlichen Lagers der FDP beizutreten.

Votant Christoph Mörgeli.

Ehrung von alt KR Rolf Jenny

Anlässlich der Delegiertenversammlung wurde der zurückgetretene Kantonsrat Rolf Jenny geehrt. Vier Jahre war der Herrliberger Gemeindepräsident Mitglied des Kantonsrats, fast ebenso lange Mitglied der Kommission für Staat und Gemeinden. Die Präsidentin, Theres Weber, würdigte sein Wirken in der Kommission als Vertreter der Zahlergemeinden beim neuen Finanzausgleich. Diese Vorlage wird für die Gemeinden des Bezirks zu einer erneuten Mehrbelastung führen. Zu viele wollen Abgeltungen für verschiedene Bedürfnisse, vor allem die Städte Zürich und Winterthur. Die begonnene Arbeit von Rolf Jenny wird jetzt durch seinen Nachfolger Rolf Zimmermann, Zumikon, weitergeführt. Der Finanzvorstand der Goldküstengemeinde kennt das Geschäft à fond und setzt sich auch entsprechend ein, damit die Vorlage schlussendlich vernünftig und bezahlbar in den Kantonsrat kommen kann.

Theres Weber dankte Rolf Jenny und überreichte ihm als Dank einen gefüllten Korb und einen Gutschein für ein paar gemütliche Stunden, «wenn der Unternehmer, Politiker und Genussmensch wieder mehr Zeit hat».

Referent Max Frenkel und Bezirkspräsidentin Theres Weber.

LESERBRIEFE

Gefährdeter Mittelstand in Meilen

Meilen zählt einen Ausländeranteil von rund 18 Prozent – der Kanton Zürich von über 23 Prozent. Die Deutschen sind mit 31 Prozent die grösste ausländische Bevölkerungsgruppe in Meilen – ebenso im Kanton Zürich, jedoch nur mit rund 23 Prozent. Soweit so unspektakulär und statisch.

Die dynamische Betrachtung ist aufschlussreicher. Während in Meilen der Ausländeranteil in den vergangenen 10 Jahren um rund 20 Prozent gestiegen ist, beträgt das Wachstum im Kanton Zürich nur rund 3,5 Prozent. Soweit so spektakulär – Grund genug, die Analyse zu vertiefen.

Wann lohnt sich Einwanderung für Meilen? Einwanderung lohnt sich steuerlich nach Prof. Reiner Eichenberger (Universität Fribourg), wenn die Immigranten: 1. Sehr hohe Einkommen erzielen, 2. keine Kinder haben und 3. lange bleiben. Die Begründung ist nahe liegend. Die Einwanderer haben vor ihrer Niederlassung noch nie in Schweizer Infrastruktur oder in Sozialwerke investiert. Es besteht also keine Vorleistung. Weiter kommen die Immigranten in den Genuss niedriger Einkommens- und noch niedrigerer Vermögenssteuern. Darüber hinaus ist das Schweizer Ausbildungswesen sehr kostenintensiv. So erstaunt es wenig, was fast unzählige Studien bestätigen: Immigration bewirkt im Allgemeinen höchstens eine Streckung der Volkswirtschaften. Das Pro-Kopf-Einkommen bleibt im besten Fall stabil, doch in den meisten Fällen sinkt dieses sogar, so auch in der Schweiz. Die Personenfreizügigkeit eröffnet Einwanderern aus ganz Europa, sich persönlich gewinnbringend in der Schweiz und beispielsweise in Meilen niederzulassen. Aus gesamthafter, volkswirtschaftlicher Sicht verbuchen wir im Durchschnitt Pro-Kopf-Verluste beim Einkommen.

Welche weiteren Effekte zeitigt die (deutsche) Einwanderung in Meilen? Die Wohn- und Baulandflächenverkäufe verzeichnen Rekordhöhen, währenddem die unbebauten Bauzonenflächen rasant in Richtung Null tendieren. Das Wohnen wird also dichter in Meilen. In der Folge sind die Bodenpreise in den letzten zehn Jahren förmlich explodiert und haben sich im Durchschnitt verdreifacht. Entsprechende Effekte sind auch auf dem Mietmarkt registrierbar. Dadurch kann sich unser Meilemer Mittelstand das Wohnen nicht mehr leisten und ist vom Wegzug gefährdet. In diesem Zusammenhang scheint es zynisch, auf Kosten aller Meilemerinnen und Meilemer 25 Wohnungen zum Vorzugspreis unter dem Titel «Gewerbliches Wohnen» anbieten zu wollen. Dieser politische Lufthäuler stellt in der vorliegenden Ausgestaltung nicht mehr dar als eine Alibi-Pflästerlipolitik und führt im Resultat zu einer Diskriminierung einer Vielzahl, welche sich in der genau gleich schlechten Lage befindet, jedoch nicht in den Genuss der Bevorzugung kommen kann. In Tat und Wahrheit ist der gesamte Meilemer Mittelstand von den explodierenden Wohnkosten gefährdet. Der Wegzug droht.

Sehen wir in Zukunft von Scheinlösungen und Augenwischerei ab und gehen den Problemen ernsthaft auf den Grund.

Yves Gadient, Meilen

Die Bemühungen der Gemeinde Bonstetten

Leserbrief zum Fall Bonstetten, resp. zum Entscheid der Regierung, eine Untersuchung einzuleiten.

Personen, die aufgrund einer Straftat während längerer Zeit mit Strafuntersuchung, Gerichten, Anwälten und Strafverfolgungsbehörden konfrontiert sind, entwickeln oft ein adäquates Verhalten, um sich immer und überall Vorteile zu sichern. Sie treten selbstbewusst auf und bedienen sich gerne einer juristisch gefärbten Sprache. Dies dürfte beim Vater von F. der Fall gewesen sein, denn er schaffte es locker, die für seinen Sohn zuständigen Behörden während Jahren auf Trab zu halten.

Die Behörde machte sich die Entscheidungsfindung nicht leicht. Sie stützte sich u.a. auf Gutachten von Fachpersonen. Die Psychotherapeutin, die G. selber suchte und bezahlte, stellte nach einer (angeblichen) Gesprächstherapie ein Gutachten aus, welches die Vormundschaftsbehörde nebst andern Überlegungen überzeugte, das Sorgerecht dem Vater zuzusprechen.

Nach dem tragischen Tod von F. werden nun die Abläufe dieses Vormundschaftsverfahrens hinterfragt und durch einen externen Gutachter abgeklärt. Dies ist richtig und wichtig. Einmal mehr muss der Datenschutz hinterfragt werden. Es kann ja nicht sein, dass die zuständige Behörde aus den Medien erfahren muss, dass ihr «Klient» ein Strafregister gröberen Ausmasses aufweist und unter anderem seinen ersten Sohn umbringen wollte. Ein weiterer Schwachpunkt ist das Gutachten der Psychologin, das G. praktisch selber bestellt hatte! – Man darf gespannt sein, zu welchem Resultat die Untersuchung kommt!

Unbestritten erachte ich die Schuldfrage. Der Vater G. ist mit grösster Wahrscheinlichkeit der Täter und trägt folglich die Schuld am Tod seines Sohnes.

Rosmarie Frehsner, Dietikon

EGLISAU

Ursula Fehr zur Gemeindepräsidentin gewählt

ZB. Ursula Fehr, Ehefrau von Nationalrat Hans Fehr, ist kürzlich im ersten Wahlgang zur Gemeindepräsidentin von Eglisau (rund 4000 Einwohner) gewählt worden.

Dieser Erfolg ist darum besonders bemerkenswert, weil es um eine ausgesprochene Kampfwahl ging. Erst vor einem Jahr wurde Ursula Fehr (SVP) mit knappem Mehr gegenüber ihrem Konkurrenten aus der Ortspartei «fokusEglisau», einem Konglomerat von Parteilosen, Linken und Grünen, in einer Ersatzwahl in den Gemeinderat gewählt. Nun hat sie den gleichen Konkurrenten im Kampf ums Präsidium – diesmal mit deutlichem Mehr – wiederum distanziert.

Wir gratulieren der neuen Gemeindepräsidentin, die zudem seit sieben Jahren als nebenamtliche Bezirksrichterin in Bülach tätig ist, zur Wahl und wünschen ihr weiterhin viel Erfolg.

BUNDESRÄTLICHE REGIERUNGSREFORM:

Mehr Zeit fürs Angenehme

Im Bundesrat fehlt es an Begabung und Charakter. Statt die Fehler bei sich selber zu suchen, klagen die Minister über das System. Auf Pseudoreformen ist zu verzichten, die Departemente sollten neu geordnet werden.

CHRISTOPH MÖRGELI
NATIONALRAT SVP
STÄFA

Mit der Abwahl begann der Abstieg. Dabei war die Stimmung der gewählten Bundesräte Ende 2007 noch glänzend. Die beiden Sozialdemokraten freuten sich mit ihren Genossen über das gelungene Komplott einer Bündner SVP-Politikerin, die den persönlichen Ehrgeiz über das Interesse ihrer Partei stellte. Pascal Couchepin hatte an der Intrige mitgesponnen und die welschen FDP-Parlamentarier für den Rauswurf Christoph Blochers gewonnen. Die Familie von Hans-Rudolf Merz beklatschte auf der Tribüne die Abwahl Blochers lautstark. Und Samuel Schmid schäkerte ungewohnt beschwingt mit den Journalisten, weil er den unbequemen Parteikollegen losgeworden war. Doch Übermut tut selten gut. Nur zu bald zeigte sich, dass mit Christoph Blocher nicht der vermeintliche Spaltpilz aus der Landesregierung entfernt worden war. Sondern deren Stabilisator. In den vier Jahren von Blochers Amtszeit ist dem Gesamtbundesrat kein einziger schwerwiegender Fehler unterlaufen.

Pleiten, Pech und Pannen

Statt lästige Mitberichte zu beraten und mühsame Grundsatzdiskussionen zu führen, feierte der Bundesrat seit 2008 kollegiale Harmonie. Und plötzlich häuften sich Pleiten, Pech und Pannen. Die Rivalitäten und persönlichen Animositäten innerhalb des Kollegiums brachen erst richtig auf. Samuel Schmid – eben noch in selbstgefälliger Pose des politischen Überlebenskünstlers – musste angesichts von Unfällen, Planungsdesaster und stalkendem Armeechef zurücktreten. Der ebenso unpopuläre wie oberflächliche Pascal Couchepin überlebte seinen Rivalen Blocher nur unwesentlich länger. Immerhin enthob er die FDP jener Belastung, die der desinteressierte Moritz Leuenberger für seine SP nach wie vor darstellt. Micheline Calmy-Rey beehrte den islamistischen iranischen Staatschef mit einem Kopftuch und äusserte Verständnis für den deutschen Bankdatenklau.

Hans-Rudolf Merz handelte bei Finanzkrise, Steuerstreit und Libyentrip dermassen dilettantisch, dass er seine Biografie zurückzog, weil sie Biografisches enthält. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf verantwortet den Rechtsbruch der Auslieferung von Kundendaten an die USA und verschleisst in ihrem politischen Überlebenskampf immer mehr Personal. Kurz: Das Ansehen des Bundesrates ist heute so miserabel wie wohl noch nie in der Geschichte des Bundesstaates.

Hilflose Opfer eines falschen Systems?

Wo Begabung, Rückgrat und Charakter fehlen, lenkt man gerne auf angebliche Strukturprobleme ab. Es ist angenehmer für die Bundesräte, sich als hilflose Opfer eines fehlerhaften Systems zu bejammern, als das Unvermögen bei sich selber zu suchen. Es ist bequemer, die Schwäche der Institutionen zu beklagen, als die Tauglichkeit der Regierenden zu hinterfragen. «Der Bundesrat leidet», meinte eine nicht sichtlich leidende Bundespräsidentin Doris Leuthard bei Vorstellung der neuesten bundesrätlichen Reformpläne. Angesichts dieses Leidensdrucks erscheint es wie ein Osterwunder, dass so viele Politiker das Kreuz des Bundesratsamtes auf sich nehmen wollen und – einmal im Amt – kaum mehr zurücktreten. In Wahrheit leiden die Regierenden nicht an Zeitmangel, sondern an den falschen Prioritäten, die sie sich selber setzen.

Vordringliche Departementsreform

Statt unsinniger, teurer Pseudoreformen wäre jetzt die Neuordnung der sieben Departemente vordringlich, und zwar gemäss jenem Vorschlag, der seit Frühjahr 2007 spruchreif ist: Departement für Aussenbeziehungen und Aussenhandel (mit Aussenwirtschaft, ohne Integrationsbüro sowie Völker- und Menschenrecht); Departement für Wirtschaft und Finanzen (mit Swisscom, Post, SBB, Ruag, Suva, Preisüberwacher, ohne Personalamt, Bauten, Logistik und Finanzkontrolle); Departement für Verkehr und Raumordnung (mit Landwirtschaft und Veterinärwesen, ohne Infrastrukturbetriebe); Departement für Soziales (mit Arbeitslosenversicherung, ohne Kultur, Bildung und Forschung); Sicherheitsdepartement (mit Militär, Polizei und Inlandgeheimdienst, ohne Sport); Bildungsdepartement (mit Bildung, Forschung, Kultur und Sport); Justizdepartement (mit Menschen- und Völkerrecht, Kommunikation, Wettbewerbskommission); Bundeskanzlei (mit Integrationsbüro, Personalamt, Informatik, Bauten und Logistik).

Bundesräte ins Parlament, Diplomaten ins Ausland

Die nun angestrebte Reform beinhaltet ein zweijähriges Bundespräsidium. Dies sei wichtig, um mehr Kontinuität zu schaffen und internationale Netzwerke zu knüpfen.

Zweitens verlangt der Bundesrat mehr Staatssekretäre. Denn es fehle ihm schlicht die Zeit zum Regieren und für die notwendigen Auslandbeziehungen – wegen der Präsenzpflicht der Bundesräte im Parlament und in den Kommissionen. Im Klartext: Die Bundesräte wollen sich der kleinkarierten politischen Alltagsarbeit mit ihrem Aufsichtsgremium entziehen. Es ist ihnen unangenehm, sich in Kommissionen und Parlamentsplenum hinterfragen oder gar kritisieren zu lassen. Besser als in den langweiligen Sitzungszimmern im Bundeshaus gefällt es den Bundesräten bei Auslandreisen mit roten Teppichen, Abschreiten von Ehrenformationen und medialem Blitzlicht.

Das öde Palavern mit den Volksvertretern überlässt man gerne den Staatsekretären. Mit Verlaub, dies ist exakt der verkehrte Ansatz! Das Führen von Verhandlungen im Ausland ist Sache der dazu ausgebildeten Beamten; die Auseinandersetzung mit dem Parlament ist Sache der dazu gewählten Exekutive. Wie es herauskommt, wenn Bundesräte nach Berlin oder Brüssel reisen, haben letzte Woche die Bundesräte Merz und Calmy-Rey bewiesen. Mit katastrophalen Folgen für unsere Bankkunden wie für die Libyengeisel Max Göldi.

SICHERHEITSPOLITISCHER BERICHT: MAURER TOP, INTERNATIONALISTEN FLOP

Eine moderne Milizarmee für unsere Sicherheit und Souveränität!

Beim derzeitigen Gerangel um den Sicherheitspolitischen Bericht ist nicht Ueli Maurer das Problem. Das Problem sind jene Bundesrats- und Parlamentsmitglieder und jene internationalistischen Schwätzer, die nicht mehr zur Souveränität unseres Landes stehen, sondern (auch militärisch) in die EU drängen.

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP,
GESCHÄFTSFÜHRER
AUNS, EGLISAU

Sie eifern immer noch der naiven, lebensfremden Illusion «Sicherheit durch Kooperation» nach, obwohl sich dieses Konzept als untauglich erwiesen hat und obwohl die «friedenserhaltenden» Militäreinsätze gescheitert sind. Unser erfolgreiches Instrument der bewaffneten Neutralität soll über Bord geworfen werden.

Die Mehrheit des Bundesrates will eine Armee, die (wie die gescheiterte Armee XXI) immer noch auf der Illusion der 90er-Jahre beruht, wir seien «von Freunden umzingelt» und müssten primär den Frieden im Ausland sichern oder gar erzwingen helfen. «Dabei sein» bei der internationalen militärischen Friedensförderungs-Euphorie ist offenbar wichtiger als die Sicherheit und die Souveränität des eigenen Landes.

An die Sicherheitspolitik und die Armee sind folgende Forderungen zu stellen:

1. Der Auftrag der Armee muss aufgrund der Bedrohungslage und auf der Basis von Artikel 58 der Bundesverfassung («Die Armee dient der Kriegsverhinderung; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung») detailliert festgelegt werden. Danach sind die nötigen Mittel – personell, materiell und finanziell – zu sprechen. Ein jährlicher Kostenrahmen von 4 Milliarden Franken darf nicht unterschritten werden.
2. Wir brauchen eine moderne, gut ausgerüstete, gut ausgebildete und zahlenmässig starke Milizarmee, eine Verteidigungs- und Schutzarmee, die den Verteidigungskampf (sowie die Bewachung oder Überwachung vieler wichtiger Objekte) im eigenen Gelände «sichtbar» übt und beherrscht.

   Auch wenn wir diese Fähigkeit auf lange Sicht nicht – und hoffentlich nie – beweisen müssen, so muss der Soldat sein Handwerk dennoch beherrschen. Ein Staat, der sich der Wehrlosigkeit preisgibt und nicht willens oder nicht in der Lage ist, sich notfalls zu verteidigen, wird erpressbar und gibt sich selbst auf.
3. Die Hauptgefahr besteht heute in chaotischen Kriegen und Konflikten, die von aussen ins Land getragen werden. Denkbar und zum Teil bereits Tatsache sind moderne Bedrohungen unterhalb der Kriegsschwelle wie terroristische Aktionen, Ströme von Zuwanderern, organisierte Kriminalität, Abrechnungen unter rivalisierenden Banden, ethnische Konflikte und importierte Bürgerkriege. Die Konflikte können mit Machtansprüchen, mit Öl, Wasser, Bodenschätzen, mit dem Unabhängigkeitsdrang von Minderheiten oder mit religiösen/politischen Ideologien zusammenhängen.
   Darum braucht unser Land zusätzlich zu einer einsatzbereiten Verteidigungsarmee mit (wieder zu schaffenden) Alarmformationen einen effizienten Nachrichtendienst und eine Spezialistentruppe zur Abwehr des Informationskrieges.
4. An der allgemeinen Wehrpflicht ist ohne Wenn und Aber festzuhalten. Sie ist untrennbar mit dem Wesen unserer Miliz- und Verteidigungsarmee verbunden. Jeder Schweizer Bürger hat die Pflicht – notfalls unter Einsatz des Lebens – seine Angehörigen, unsere Bevölkerung, unser Land, unsere Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit, unsere einzigartigen Volksrechte und sozialen Errungenschaften zu schützen und zu verteidigen.
5. Zur Konzentration der Kräfte auf den Kernauftrag (nach dem Grundsatz «Armee im eigenen Land – für das eigene Land») müssen die militärischen Auslandeinsätze reduziert und schliesslich gestoppt werden. Die besondere aussenpolitische Stärke der souveränen, neutralen Schweiz muss im humanitären Bereich und bei der Friedensdiplomatie zum Ausdruck kommen.

Eine EU- oder Nato-Kooperationsarmee, die sich in fremde Konflikte hineinziehen lässt oder solche Einsätze zur angeblichen Rechtfertigung ihrer Existenz geradezu sucht, befindet sich auf dem Holzweg.

Unsere Milizarmee rechtfertigt sich nicht durch ein Sammelsurium von irgendwelchen Aufgaben im Ausland und im Inland. Unsere Armee rechtfertigt sich nur, wenn sie als letztes Mittel zur Verteidigung unserer Souveränität und Sicherheit einsatztauglich ist. Diese Tatsache muss der Sicherheitspolitische Bericht zum Ausdruck bringen. Ich wünsche dem VBS-Chef weiterhin Durchstehvermögen und eine «dicke Haut».

Reservieren Sie ab 1. April
www.schwarze-spinne.ch
oder per Post
Freilichtspiel, Bachstrasse 6
8414 Buch am Irchel

BUCHEMER FREILICHTSPIEL 2010
schwarze-spinne.ch
30. Juli bis 22. August 2010

2. SVP -Golfturnier

Liebe Parteimitglieder, liebe Freunde und Sympathisanten
Liebe Golferinnen und Golfer

Wir laden Sie herzlich ein zur Teilnahme am 2. SVP-Golfturnier, um in sportlicher, ungezwungener Atmosphäre Gedanken auszutauschen, interessante Gespräche zu führen oder ganz einfach einen gemütlichen Tag zu geniessen. Drei SVP-Nationalräte haben bereits zugesagt.

Der Anlass findet wie folgt statt:

Datum:	**Freitag, 7. Mai 2010**
Ort:	Golfpark Holzhäusern (Rotkreuz)
Spielform:	Two ball best ball
Startzeit:	ab zirka 10.00 Uhr
Beitrag:	CHF 160.– pro Person
Nachtessen:	fakultativ

Im Preis von CHF 160.– sind folgende Leistungen inbegriffen: Green Fee, Match Fee, Zwischenverpflegung und Apéro. Es sind attraktive Preise zu gewinnen.

Wir freuen uns, Sie am 2. SVP-Golfturnier persönlich willkommen zu heissen!

Jürg Stahl
Nationalrat SVP

Brigitte C. Fux
Vorstandsmitglied
SVP Sektion Oberrieden

ANMELDETALON p. P. Anmeldung bis am 26.4.2010

Name: Vorname:
Adresse: PLZ / Ort:
Tel. P: Tel. G:
Handy: E-Mail:
Golfclub: Hcp: ID-Nr.:
Beitrag: CHF 160.–, p. P. Nachtessen: CHF 45.–, p. P. ohne Getränke
ja _____ nein _____
Ort, Datum: Unterschrift:

Information und Anmeldung:
golf and events
Tel.: 043 388 55 44
Fax: 043 388 56 28
E-Mail: bfux@golfandevents.ch
Speerstrasse 4
8942 Oberrieden

Fadegrad

Und die Umsetzung?

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Langsam stellt sich die Frage der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft. 2008 haben die Zürcher die entsprechende Abstimmung mit 76 Prozent Ja angenommen. Bis 2050 müssen wir unseren Energieverbrauch auf Steinzeitniveau drücken. Selbst der grüne Balthasar Glättli gibt im Tagi zu, gegenwärtig zu viel Energie zu verbrauchen. Der Titel des Artikels heisst: «Die Zürcher müssen verzichten lernen.» Müssen sie das wirklich? Wollen sie das und welche Folgen hätte es, wenn sie es täten? Reflexartig geht's gegen den Individualverkehr, der für 1/3 des Energieverbrauchs verantwortlich sein soll. Jedenfalls sagt das Thomas Stahel, Geschäftsführer der Organisation Umverkehr, die es offenbar geschafft hat, die Unterschriften für die Städteinitiative in Zürich zusammenzubringen. Der Langsam- und öffentliche Verkehr sollen binnen 10 Jahren durch Fahrplanverdichtungen und weitere Radwege von 64 auf 74 Prozent gesteigert werden, während der motorisierte Individualverkehr auf 26 Prozent reduziert werden soll. Mal ganz abgesehen davon, dass Fahrplanverdichtungen rund um Zürich aus Kapazitätsgründen kaum mehr möglich sind, werden gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse wie etwa wirtschaftliches Überleben nicht in Betracht gezogen. Die Forderungen gehen sogar unserem rot-grünen Stadtrat zu weit. Es erscheint allerdings sehr fraglich, ob die ökologischen Erwartungen in der Bevölkerung durch die politische Exekutive noch kontrolliert werden können. Schliesslich hat der Stadtrat die 2000-Watt-Abstimmung durchgedrückt. Heute aber geht es um die Erreichung der gesetzten Ziele. Es passiert genau das, was wir als Gegner der 2000-Watt-Vorlage befürchteten. Es treten immer mehr Sektierer auf, die ihre Visionen mittels staatlicher Intervention umgesetzt haben wollen. Dabei ist es mindestens diskutabel, ob die Reduktion des Energieverbrauchs insgesamt oder nicht viel eher der CO_2 Ausstoss das Thema sein sollte. Gelingt es, den Energiebedarf so abzudecken, dass die Erderwärmung nicht weiter steigt, ist ein höherer Verbrauch nicht per se problematisch. Der Energieverbrauch kann nur durch einen radikalen Umbau unserer Gesellschaft gesenkt werden. Arbeits- und Wohnort müssen in Gehdistanz liegen. Im Winter ist Frieren angesagt. Warme Mahlzeiten müssen nicht immer sein. Wolle statt Mikrofaser und Jute statt Plastik werden wieder modern. Wärmepumpen und Computer sind auszuschalten. Wer das nicht will, muss in Kernenergie investieren. Aber die Energiekonzerne, die für diese Investitionen die Mittel haben, gehören ja auch zum Feindbild. Die Stadt Zürich wird die globalen Probleme nicht allein lösen, selbst wenn sich alle Zürcher in Pfahlbauer verwandeln. Wir müssen Energie effizienter nutzen und den trotzdem steigenden Bedarf decken. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein falsches Konzept, der Umsetzungsversuch schadet.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Vom Golfplatz bis zu Lehrstellen

ROGER BARTHOLDI
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 9

Obwohl die Stadt Zürich sehr teure Schulhausbauten erstellt, bleibt die Sicherheit öfters auf der Strecke. Die Priorität wird in der Stadt Zürich öfters den Architekten als den Benutzern gewidmet. «Kunst ab Bau» ist beim Schulhausbau für die Stadt Zürich leider wichtiger als die Sicherheit unserer Kinder in der Schule. Deshalb mussten die SVP-Gemeinderäte **Ruth Anhorn** und **Bruno Wohler** ein Postulat einreichen, welches die Erstellung eines hohen Gitterzauns beim neuen Schulhaus Leutschenbach zur Bahnlinie fordert. Die Dringlichkeit des Postulats wurde am Mittwoch von allen Fraktionen unterstützt.

Sicher ist den interessierten Beobachter des Zürcher Gemeinderates aufgefallen, dass die Traktandenliste mit den Vorstössen der Parlamentarier immer länger wird. Der Hauptgrund dafür sind die zahlreichen Weisungen die der Stadtrat dem Gemeinderat Mittwoch für Mittwoch unterbreitet. Die Weisungen werden jeweils vor der Behandlung von Vorstössen aus dem Parlament behandelt und am Mittwoch waren es immerhin sechs Weisungen, welcher der Rat behandeln musste. Danach konnten lediglich zwei Postulate abgearbeitet werden.

Allerdings werden Weisungen auch von Vorstössen aus dem Rat «produziert» bzw. von Parlamentarier verlangt. In der ersten Weisung wurde die Einrichtung weiterer Lehrwerkstätten und dazu ein Bericht vom Rat verlangt. Der Vorstoss dazu wurde im Jahr 2005 von linker Seite eingereicht. Die bürgerliche Ratsseite votierte vor allem für das private Gewerbe, insbesonders KMU-Betriebe, welche nicht nur Lehrstellen anbieten, sondern auch für die Stellen nach dem Abschluss verantwortlich sind. Dazu braucht es keine weitere unnötige staatliche Interventionen. Bereits heute bietet die Stadt Zürich überproportional Lehrplätze an und die Qualität wird nicht mit jedem weiterem Ausbau gesteigert. Werden mehr Lernende ausgebildet müssen mehr Ausbilder vorhanden sein und somit benötigt die Stadt noch mehr Stellen. Die links-grüne Ratsmehrheit konnte sich schlussendlich durchsetzen.

Bei der zweiten Weisung ging es um einen Bericht über die aktuelle Massnahmenpalette gegen die Jugendarbeitslosigkeit und zur Lehrstellenproblematik. Der SVP-Gemeinderat **Guido Bergmeier** kämpfte als Minderheitssprecher gegen die anderen Parteien an: Reine Symptombekämpfung oder ärztliche Pflästerlipolitik wird hier betrieben. Obwohl auch die FDP den Bericht kritisierte, hatte nur die SVP den Bericht ablehnend zur Kenntnis genommen. Der SVP-Fraktionchef **Mauro Tuena** musste einem SP-Parlamentarier die Geschäftsordnung des Gemeinderates erklären bzw. zitieren, weil dieser sich nicht erklären konnte, weshalb man einen Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen kann.

Zur Weisung «Teilrevision des städtischen Personalrecht» führte SVP-Gemeinderat **Roger Liebi** in rund acht Minuten die berechtigte Kritik am Personalrecht sowie an den Ausführungen anderer Parlamentarier, insbesondere derjenige vonseiten der FDP an. Das städtische Personalrecht ist nach wie vor weit entfernt mit einem Personalreglement in der Privatwirtschaft verglichen zu werden.

In der letzten Weisung wurde ein Tauschvertrag in der Liegenschaftsverwaltung behandelt. **Roger Liebi** stellte den Rückweisungsantrag, es sei die Weisung zurückzuweisen und die beiden Geschäfte zu trennen. Die SVP ist für Alterwohnungen aber gegen die geplanten Notwohnungen. SVP-Gemeinderat **Bernhard im Oberdorf** sagte: «Es werden zwei Sachen zusammen *gebröselt,* dies verletze die Einheit der Materie und ist politisch nicht korrekt.» Die SVP konnte den Rückweisungsantrag nicht durchbringen und die Weisung kam mit den bekannten Mehrheitsverhältnisse im Zürcher Gemeinderat durch.

Gegen den Schluss der Sitzung konnten noch zwei Postulate behandelt werden. Der Vorstoss der SD will in Bergdietikon AG ein Golfplatz verhindern. **Roger Liebi** erklärte, es dürfe keine Einmischung der Stadt Zürich geben, zudem sind die betroffenen Landwirte einverstanden. Die Stadt Zürich hätte schliesslich auch keine Freude, wenn die Stadt Aarau sich in die Stadtentwicklung der Stadt Zürich einmischen würde. Diese Kolonialpolitik kann die SVP nicht gutheissen. Der Vorstoss kam mit Unterstützung der vereinigten Linken durch.

Ein Lichtblick war der letzte Vorstoss von den SVP-Gemeinderäte **Rolf Stucker** und **Monika Erfigen**, welche die elektronische Zustellung von Lohnabrechnungen forderte. **Rolf Stucker** argumentierte mit dem ausgewiesenen Sparpotenzial. Mit einer Änderung wurde der SVP-Vorstoss vom Rat an den Stadtrat überwiesen.

BERICHTE AUS DEN SEKTIONEN

Generalversammlung der SVP-Kreispartei Zürich 9

LORENZ HABICHER
PRÄSIDENT
ZÜRICH 9

Am 26. März hat die SVP-Kreispartei 9 der Stadt Zürich ihre ordentliche Generalversammlung im Mercure Hotel Stoller am Albisriederplatz durchgeführt.

Bescheidene Besucherzahl

Nach den Wahlen vom 7. März 2010 und den vielen Generalversammlungen anderer Vereine, war es nicht weiter erstaunlich, dass auf rund 30 teilnehmende Mitglieder fast 20 Abmeldungen zu verlesen waren. Unter der illustren Schar der Entschuldigten, Parteipräsident Alfred Heer, Fraktionspräsidenten Hans Frei (Regensdorf) und Mauro Tuena (Zürich) sowie unser Ehrenpräsident Emil Grabherr (Weggis).

Zügige Behandlung der Traktanden

Nach dem traditionellen Apéro im Foyer des Mercure Hotel Stoller, in diesem Jahr gesponsert durch Nicole und Waltraut Fontana, konnte der Präsident fast rechtzeitig zum formellen Teil der Generalversammlung schreiten. Die Traktandenliste wurde erfreulich zügig behandelt, Schwerpunkte waren die Jahresrechnung und die verschiedenen Wahlen. Der Vorstand konnte den ausscheidenden Gemeinderat Alexander Weber verabschieden und den neu gewählten Dr. Karl Zweifel in seinen Reihen begrüssen. Dieser konnte in einem Kurzreferat seine Erfahrungen der Stadtratswahlen eindrücklich beschrieben. Die städtischen Delegierten wurden mit Samuel Balsiger verjüngt und ergänzt, wobei der Anspruch (Anzahl) wegen den schwankenden Mitgliederbeständen, immer wieder zu reden gibt. Die Kreispartei hofft nun, dass die Stadtpartei die erstellte Liste berücksichtigt und die Einladung zu den städtischen Delegiertenversammlungen auch entsprechend versendet.

Ausklang im Zürcher Stilsaal

Nach dem offiziellen Teil der Generalversammlung konnten sich die Teilnehmer im Zürcher Stilsaal dem. Imbiss, offeriert vom Hausherrn Werner Stoller, widmen und zur grossen Überraschung des Vorstandes übernahm Dr. Karl Zweifel sen. die Bezahlung aller Getränke. Dieser gemütliche Ausklang im geselligen Rahmen trägt jedes Jahr zum guten Gelingen der GV bei und wer es dieses Jahr verpasst hat, muss seine Prioritäten nächstes Jahr besser setzen.

Vizepräsident Roger Bartholdi, Präsident Lorenz Habicher und Kassier Waltraut Fontana.

Quartierstamm der SVP-Kreispartei Zürich 4/5

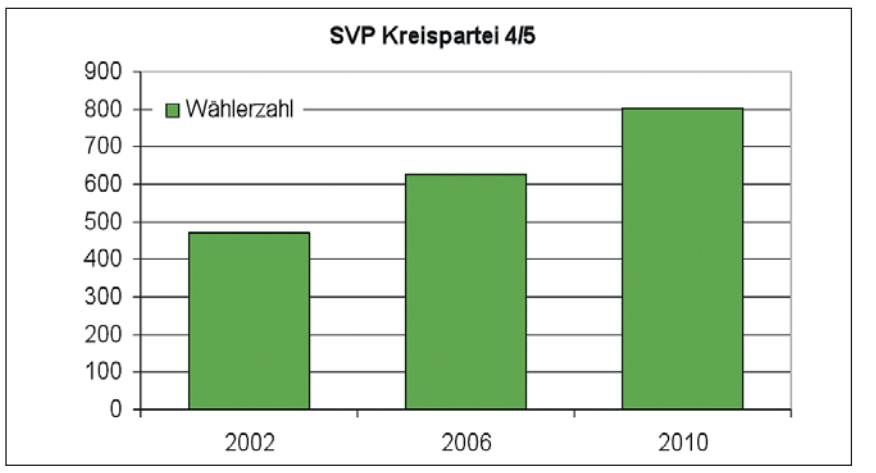
Am 1. April 2010 hat die SVP-Kreispartei 4/5 der Stadt Zürich im Restaurant «Goldenen Fass» an der Zwinglistrasse ihren Quartierstamm durchgeführt.

ANDREA V. PLANTA
KANTONSRAT SVP
PRÄSIDENT
ZÜRICH 4/5

Zum guten Glück haben wir in einem Schreiben an die Mitglieder explizit auf diesen Quartierstamm hingewiesen. Das Datum hätte sonst an einen Aprilscherz erinnern können, wurden doch in den vergangenen Jahren nicht gerade viele SVP-Anlässe im «Kreis Cheib» durchgeführt. Hugo Zimmermann, sehr engagiertes Mitglied der Kreispartei, hatte zum Essen geladen und auch die SVP-Gemeinderäte Stefan Lienhard, Mauro Tuena sowie Altgemeinderat Bruno Garzotto sind diesem Ruf gefolgt.

Rückblick auf die Gemeinderatswahlen 2010

Eingangs widmete sich die Runde Unseren einem kurzen Rückblick auf die Gemeinderatswahlen vom 7. März 2010. Mit einem guten Resultat wurde Mauro Tuena wieder in den Gemeinderat gewählt, was für seine Aufgabe als Fraktionspräsident äusserst wichtig ist. Leider konnte der zweite Gemeinderatssitz um wenige Stimmen, nicht einmal eine Liste, nicht verteidigt werden. Bei einer extrem hohen Anzahl von 20 Prozent ungültiger Wahlzettel, ein sehr bedauerlicher Wahlausgang. Am Einsatz der Kreispartei 4/5 hat es sicher nicht gefehlt, so wurden 14 Standaktionen an den zwei Standorten Limmatplatz und Wengistrasse durchgeführt. An der bereinigten Wählerzahlenentwicklung von 2002 bis 2006 lässt sich aber ein klar positiver Trend (Grafik) ablesen.



Gut Schlafen

GS Möbel ist seit 40 Jahren *das* Bettenfachgeschäft für gesundes Schlafen und gediegene Wohnkultur.

Hier finden Sie die besten Marken für Betten, Matratzen, Bettsofas und Pflegebetten. Parkplätze vorhanden! Beratung auch bei Ihnen zuhause.

superba Schweizer Schlafkultur
riposa SWISS SLEEP

Zähringerstr. 32, 8001 Zürich, 044 251 11 84
Büro im Zürcher Oberland: 044 938 10 10
www.gsmoebel.ch Montags geschlossen

Gesund Schlafen. GS MOEBEL

Abonnieren Sie gratis unseren

Newsletter

unter
www.svp-zuerich.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Birchmeier-Anbauspritze, 600 l, 12 m, hydraulisch, Hangausgleich, 40 bar, Fr. 1500.–; **Oerllikon Gleichrichter,** 20 bis 200 Amp., Fr. 300.–; **Förderband Flash,** Breite 55 cm, Länge 6 m, 18 m/Min., Fr. 500.–. M. Fenner, Oberdorfstr. 8, 8468 Waltalingen, Tel. 079 718 60 06.

4 Sommerpneus auf Alu-Felgen für VW Golf 3, Dunlop 195/60 R, guter Zustand, NP Fr. 1000.–, VP Fr. 400.–. G. Schmid, Im Lindenhof 12, 8617 Mönchaltorf, Tel. 044 948 11 75.

Gut erhaltener Griesser **Innengetreidesilo,** 2 x 2 m, 9 m³, Elementbauweise Konus und Elemente 1,25, 1 m, 0,70 m mit Befüllrohr und Staubabscheider, bei sofortiger Wegnahme günstig. Eduard Willi, Wattwilerhof/Oberweningen, 5462 Siglistorf AG, Tel. 056 243 11 53.

Occ. Sämaschine, 2,5 m, Hassia DLK 250, Jg. 1985; Schleppscharen, Saatstriegel, mech. Fahrgassenschaltung, guter Zustand, Preis Fr. 400.–. Hansueli Kupper-Schild, Hohbüel 1, 8353 Elgg, Tel. 079 266 04 36.

2-Schar-Pflug Huard, Fr. 400.–; **Heugebläse Saxer** (+ silieren 8 Messer), Fr. 400.–; **Schrotmühle** Bucher-Guyer, Fr. 300.–; **Obstmühle** mit Steinwalzen, Fr. 400.–; alte **Nähmaschine** Bernina, versenkbar, Fr. 100.–. Ernst Schwarz, Webergasse 12, 8415 Berg a/I. Tel. 052 318 14 17.

Kaninchen für Zucht und Schlachtung: Fr. Widder, Holländer und Ausmastkaninchen. Albert Schärer, Heitlieb, 8162 Steinmaur, Telefon 044 853 13 56.

Pferde-Sattel Ch. Stübben, abgeholt Fr. 250.– (Neupreis Fr. 2000.–). Tel. 044 700 01 55.

Universalgebläse «Taurus», 20 PS mit 40 cm Rohren, neuwertig; **Gebläse** «Neuero», 15 PS, 38 cm Rohre; **Heubelüfter** «Grimm», 7,5 PS radial. M. Guyer-Lauper, Usterstr. 31, Ottenhausen, 8607 Seegräben, Tel. 044 932 14 12.

Rundballenwickler, Doppelarm, Tellefsdal-Auto Wrap 1510 Twin, Dreipunktanbau, 9-jährig, Peter Sigg, 8452 Adlikon, Tel. 079 238 56 40.

Reihenfräse, 4-reihig, Zwischenachsanbau zu Fendt GT. Ernst Aeschmann, Hauptstr. 22, Dättwil, Tel. 079 432 59 54.

2 Pferde-Anhänger, GG 2500 kg NL 1500 kg, Jg. 2000, frisch ab MFK, grosse robuste Ausführung mit Spezialtüre als Bodenklappe oder Schwenktor verwendbar, Tel. 079 402 33 69.

Zwergehus, der kreative Kindershop in Weisslingen; Geschenke zur Geburt, Taufe, Kindergeburtstag und vieles mehr! www.zwergehus.ch, Tel. 052 337 27 37.

Heugebläse mit Veteileranlage, inklusive Heubelüftung, zirka 100 m², Tel. 079 670 78 04.

Volvo 850 GLT, 170 PS, Lim., Jg. 92, 129 600 km, vorgeführt. Gottfr. Meisterhans, Andelfingerstr. 12, 8457 Humlikon, Tel. 052 317 15 69.

Verkaufe neue Ferienwohnungen: In Losone TI, Teilminergiestandard: 2-Zi.-Wg ab Fr. 285 000.–, 3-Zi.-Wg ab Fr. 450 000.–, 3-Zi.-Attika ab Fr. 750 000.–, Tel. 079 402 89 49.

Speisekartoffeln Bintye und Charlotte. Tel. 079 232 48 67.

Zwei Ponys: 1. Welsh Mountain, Walach, schwarz, 140 cm; 2. Shetty, Stute, Fuchs, 134 cm. 18 und 19 Jahre alt, geeignet für Kinder ab 8 bis 9 Jahre, beide sind fit und gesund, werden nur zusammen verkauft, guter Platz vor Preis, Auskunft Telefon 079 608 61 35.

Einachs-Dreiseitenkipper Branter, 5 t, alt aber brauchbar; **Einachs-Brückenwagen,** 4,5 x 1,8 m, günstig, Tel. 079 696 72 49, Kanton Zürich.

2-Schar-Pflug OTT, Non Stop, hydraulisches Wenden, guter Zustand, Tel. 079 562 46 30.

Audi A4, Jg. 95, 146 000 km, 8-fach bereift ZV, Schiebedach, Anhängerkupplung, Tel. 079 319 58 47.

Mähaufbereiter Fella KL275D, Fr. 4500.–, neuwertig. Werner Huber, Kaltensteinstr. 31, 8127 Forch, Tel. 079 668 38 54.

Hochdruckreiniger Kränzle Quadro 12/150 TST, Aktion Fr. 1775.– (statt Fr. 2401.–), 10 Jahre Garantie auf Pumpenkopf. Bau Rent AG Ost, 8307 Effretikon, Tel. 052 343 50 20.

Starker **Traktor-Anhänger**, 5 x 2,2 m mit Getreideaufsatz, gute Bremse, 1-achsig, Doppelräder, aus LKW. Tel. 079 317 36 04.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.

044 822 26 11.

Ballenlader für Kleinballen, Top-Zustand, Tel. 044 935 22 01.

Suche **alte Vespa** mit Lampe unten. **Ersatzteile** für alte Vespas. Christian Waser, Unterwiesstr. 19, 8630 Rüti, Tel. 079 691 58 51.

Scheibenmähwerk, occ., Heckanbau, Arbeitsbreite zirka 2,5 m, Tel. 076 481 46 40.

Silbergeld, Münzen, Medaillen, ganze Sammlungen zu kaufen gesucht, Barzahlung, Tel. 079 757 64 18.

Suche **Kajüttenboot,** max. Länge 6 m, max. Breite 2 m, ab 50 PS (4-Takt), Tel. 052 222 34 64.

Kaufe

Musikinstrumente, Handorgeln, Gitarren usw. **Goldschmuck,**
auch defekt, bezahle bar.

Telefon 079 667 79 82.

Online-Shop Bekleidung

Auf www.modern-cowboy.ch finden Sie Kleider und Schuhe für Damen und Herren.

Einfach und versandkostenfrei

ZU VERSCHENKEN

Gedichtbändchen «Durch Jahr und Leben», 96 Seiten, Porto erwünscht. Walter Meier, Wirzwil, 8344 Bäretswil, Tel. 044 939 14 39.

2 Bauernhofkatzen, 3-farbig, 3/4-jährig und **1 langhaariges Gräueli**. Fam. Gachnang, «Sunnehof» Dätwil, 8452 Adlikon, Tel. 052 317 16 78 oder 079 478 49 39.

Modeleisenbahn-Anlage Maerklin H0 – 220 x 120 x 30, mit freistehendem Steuerpult, Telefon 052 343 36 65.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

GESUCHT

Gesucht auf Mitte August 2010 **Landw.-Lehrling** auf vielseitigen, gut eingerichteten Familienbetrieb. Familie Bachofner, Tel. 052 318 17 84. www.hof-eigental.ch

Gesucht **landw. Lehrstelle** für Zweitausbildung (gel. Polymech.) auf grossem Familienbetrieb mit Maschinen und Tieren, Tel. 079 832 26 94.

Suche dringend **Tierhalter** für 3-Minuten-Umfrage zwecks Diplomarbeit. Bitte Anruf oder SMS an Tel. 076 380 79 97

IMMOBILIEN

Verkaufe neue Ferienwohnungen in Losone TI, Teilminergiestandard: 2-Zi.-Wg., ab Fr. 285 000.–; 3-Zi.-Wg., ab Fr. 450 000.–; 3-Zi.-Attika-Wg., ab Fr. 750 000.–. Tel. 079 402 89 49

ZU VERMIETEN

Toskana-Ferien, www.casaricca.ch. Frühling, Sommer, Herbst, Vermietung, Tel. 076 284 47 28.

GESUCHT IMMOBILEN

Kleines Bauunternehmen sucht per sofort im Raum Winterthur **Scheune oder Grundstück** mit Parkplätzen. Tel. 079 588 17 23.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- ○ zu verkaufen
- ○ zu verschenken
- ○ zu kaufen gesucht
- ○ zu vermieten
- ○ Freizeit/Kontakte
- ○

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

DIENSTLEISTUNGEN

Immobilien- und Baudienstleistungen durch erfahrene, kompetente, praxisorientierte, eidg. dipl. Immobilien- und Baufachleute. Müllo Fassaden-Service AG, Im Tiergrten 47, 8047 Zürich, Tel. 044 451 38 10.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim?
Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

FREIZEIT/KONTAKTE

Fussreflexzonenmassage und Massage «Krankenkassen-anerkannt»: www.shui-spa.ch oder Shui Spa, Tel. 044 211 00 99, Augustinergasse 17, 8001 Zürich.

Flirten und Treffen. Jetzt neu und kostenlos! Ganz einfach: Sende deinem Wunschdate ein E-Mail oder gib seilber dein Profil auf und freue dich auf viele neue Kontakte.

Jetzt kostenlos registrieren auf: www.chdate.ch

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN
Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 14. April 2010:**

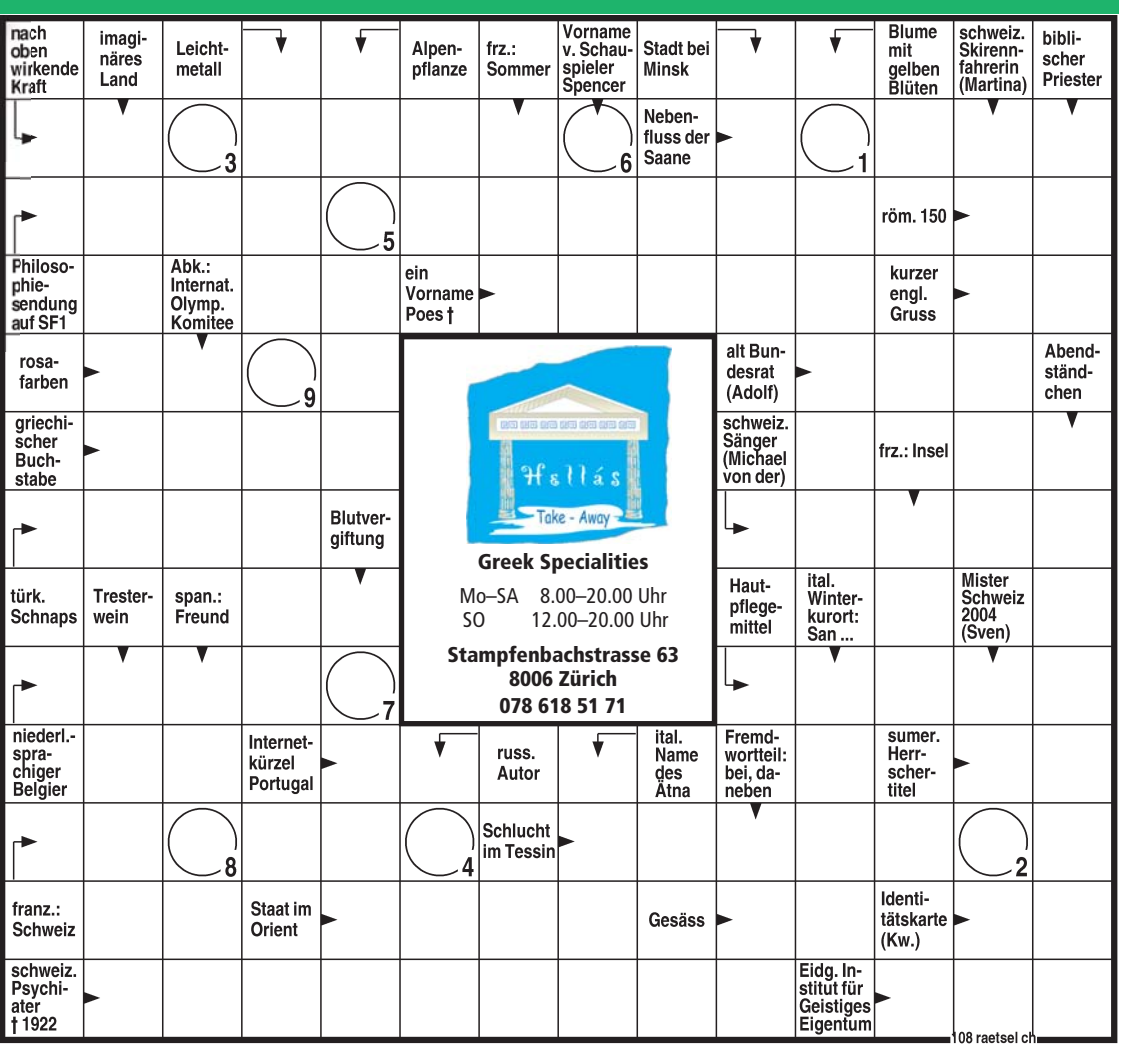
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 11/2010
Lösungswort: Steinbock

Gewinner: Y. Meier, Richterswil

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8	9

Lösungswort Woche 14/2010

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

18. Zürcher Ratsherren-Treffen
Dienstag, 11. Mai 2010, im Bezirk Affoltern.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 12. April 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenhaus, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

MOTORRAD-CLUB SVP

Einladung zur 10. ordentlichen Generalversammlung

Freitag, 16. April 2010

Restaurant Geerlisburg

8302 Kloten
Geerlisberg

1915 Uhr **Apéro mit Gästen**
1945 Uhr **GV**
2030 Uhr **Nachtessen**

TRAKTANDEN

1. Begrüssung der Neumitglieder
2. Präsenz und Stimmenzähler
3. Protokoll der letzten Generalversammlung
4. Berichte aus dem Vorstand
5. Rechnungswesen
   - Jahresrechnung
   - Bericht und Antrag der Revisoren
   - Décharge
6. Mitgliederbeiträge
7. Anträge der Mitglieder
8. Wahlen
   - Vorstand
   - Revisoren
9. Terminkalender / Saisonplan
10. Verschiedenes

Im Namen des Vorstandes

Der Präsident

Emil Grabherr

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 12. April 2010, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Vorstandssitzung und Stamm.

Bezirk Bülach / Rorbas-Freienstein-Teufen
Donnerstag, 15. April 2010, 20.00 Uhr, im unteren Keller, (Weiacherstrasse 6), Rorbas, Generalversammlung. Nach der Versammlung wird ein kleiner Znacht offeriert.

Bezirk Dielsdorf / Boppelsen
Samstag, 10. April 2010, 18.30 Uhr, Mehrzweckraum Hinterdorf, Boppelsen, Lotto-Abend. Die SVP Boppelsen lädt die Bevölkerung von Boppelsen herzlich zu dem beliebten Lotto-Abend ein. Kommen Sie vorbei – es gibt tolle Preise zu gewinnen. Auch für Ihr leibliches Wohl ist gesorgt.

Bezirk Meilen / Herrliberg
Samstag, 17. April 2010, 9.00–16.00 Uhr, auf dem Dorfplatz, Herrliberg, Frühlingsmärt. Die SVP Herrliberg führt die Märt-Beiz:
– Kulinarische Verwöhnung mit Gipfeli, Kuchen, Älplermakkaronen und Öpfelmues.
– Versuchen Sie unseren Spezialkaffee «Zottel».
– Treffen Sie unsere Gemeinderats- und Behördenmitgliederkandidaten.

«Ein goldiger Start in den Frühling – mit der SVP Herrliberg».

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Samstag, 10. April 2010, 9.00–17.00 Uhr, bei der Firma Jean Egloff AG, Standaktion Unterschriftensammlung Familieninitiative, Volkswahl des Bundesrates, betreut von den Kandidaten der Behördenwahlen vom 25. April 2010.

Freitag, 23. April 2010, 20.00 Uhr, Gasthaus zur Tanne, Bauma, Generalversammlung.

Sonntag, 25. April 2010, ab 16.00 Uhr, Restaurant Schwendi, Bauma, Wahlapéro.

Bezirk Winterthur
Samstag, 24. April 2010, 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Elgg, ordentliche Delegiertenversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 7
Freitag, 23. April 2010, Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, vergnüglicher Theaterabend mit Familie Schnulze und Ehrengast Nationalrat Christoph Mörgeli. Programm:
18.30 Uhr Türöffnung
19.00 Uhr Begrüssung durch Ehrengast Nationalrat Christoph Mörgeli
19.15 Uhr Vorspeise / Frühlingssalat
19.45 Uhr Theateraufführung Teil 1
20.15 Uhr Hauptspeise Riz Casimir
21.00 Uhr Theateraufführung Teil 2
21.30 Uhr Dessert und Cafe
Theaterticket: CHF 33.–, Nachtessen: CHF 25.–. Da die Platzzahl limitiert ist, bitten wir Sie, Ihre Reservation bis spätestens Mittwoch, 21. April 2010, bekannt zu geben. Ihre Anmeldung richten Sie bitte telefonisch oder per E-Mail an Barbara Kluge, Natel 079 698 38 44, E-Mail barbara@kluge.ch. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung und auf einen unterhaltsamen Theaterabend mit Ihnen und unserem Nationalrat Christoph Mörgeli. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Sonntag, 1. August 2010, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 1.-August-Fest mit Gastrednerin Nationalrätin Natalie Rickli.

Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Banken / Schweiz» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Züich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Dienstag, 18. Mai 2010, ab 18.30 Uhr, Restaurant Roter Stein, Herrligstrasse 39, Zürich, Höck.

Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 7. Mai 2010, 19.30 Uhr, Bowling-Center Sperletwies, Glattalstrasse 40, Zürich, Bowling-Abend für Junge und Junggebliebene. Anmeldungen pia.castegnaro@bluewin.ch.

Freitag, 21. Mai 2010, 19.30 Uhr, im Foyer des Hotel Restaurant Kronenhof, Wehntalerstrasse 551, Zürich-Affoltern, Generalversammlung.

Freitag, 18. Juni 2010, ab 18.30 Uhr, Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grillabend bei Blumen-Sue.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 1. Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 11. April 2010, 18.25 Uhr (Wiederholung jeweils nach einer Stunde), SonnTalk auf TeleZüri, u.a. mit Nationalrat Hans Fehr.

Mittwoch, 21. April 2010, 20.00 Uhr, Saal des Alters- und Pflegeheims Eglisau, Generalversammlung der SVP Eglisau. Anschliessend Kurzreferat «Politik aktuell aus Bundesbern» von Nationalrat Hans Fehr.

Mittwoch, 28. April 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Au, Höri, Sessionsveranstaltung «Aktuelles aus der Frühjahrssession» mit den Nationalräten Hans Fehr und Hans Rutschmann. Anschliessend Gratisapéro. Ab 20.15 Uhr Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach. Gäste sind willkommen.

Freitag, 7. Mai 2010, 10.00 Uhr, Golfpark Holzhäusern (Rotkreuz), 2. SVP-Golfturnier. Spielform: Two ball best ball. Beitrag: CHF 160.– pro Person. Im Preis sind folgende Leistungen inbegriffen: Green Fee, Match Fee, Zwischenverpflegung und Apéro. Nachtessen fakultativ: CHF 45.– pro Person (ohne Getränke). Es sind attraktive Preise zu gewinnen. Information und Anmeldung: golf and events, Telefon 043 388 55 44, Fax: 043 388 56 28 oder E-Mail: bfux@golfandevents.ch. Organisation: Nationalrat Jürg Stahl und Brigitte C. Fux, Vorstandsmitglied SVP-Sektion Oberrieden.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate
1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 6. Juni 2010, **1. Ausfahrt:** Stein am Rhein. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 16. April 2010, 19.45 Uhr (Apéro 19.15 Uhr, mit Begrüssung der SVP Kloten), Restaurant Geerlisburg, Geerlisberg ob Kloten, 10. ordentliche Generalversammlung. Ab 20.30 Uhr Nachtessen.

Höcks
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, **1. Höck,** Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim.

Freitag, 4. Juni 2010, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Gartenparty bei Straubinger's, Niederglatt.

Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck**, Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

Auflösung Quizfrage

Von wem stammt das folgende Zitat?

Die Antwort lautet: B